

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 22.

Sonnabend, den 1. Juni 1912.

16. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Zum
Tarifabschluß im Bayrischen Wald. — Aus der Schwarzwälder
Pflastersteinindustrie. — Tarifvertragspflichten. — Der Jahres-
bericht der höchsten Gewerkschaftsinstanz. — Gewerbliche Schieds-
gerichte. — Wie sieht im Baugewerbe die Konjunktur? — Korrespon-
denzen. — Rundschau. — Literarisches. — Allgemeine Bekannt-
machungen. — Adressen-Änderungen. — Priestschaften. — Anzeigen.
Beilage: Einführung eines obligatorischen Arbeitsnachweises
für Groß-Berlin? — Erstmaler Tarifabschluß in einem großen
Pflastersteinbetriebe. — Die Hebung der Lage der Hilfsarbeiter,
eine Forderung des allgemeinen Fortschritts. II. — Die Löhne der
Steinmehlen eink und jetzt. — Steinausschreibungen. — Feuilleton:
Der Verkehr auf den Landstraßen des römischen Reiches. I. — Ein
Tropfen Blut.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Gesperert sind: Gera: Granitwerk Rorb & Töpelmann. —
Magdeburg: Fa. Furcht. — Hartmannsdorf: Firma
Hoffmann. — Heidingsfeld: Firma Kemmer &
Abelmann. — Laucha a. d. Unstrut: Firma Heinisch. —
Höchst i. Odw.: Firma Schwan.

Gailbach. Bei der Firma Johann Karl sind die Stein-
mehlen in den Streik getreten.

Mainz. Die Marmorarbeiter haben durch den Streik eine
angemessene Lohnzulage erreicht. Gesperert ist die Firma
Grünwald.

Kesselbach-Londorf (Ober-Hessen). Die Lohnbewegung der
Basaltsteinmehlen ist mit Erfolg beendet. Neben der Fest-
legung der Stundenlöhne und anderer allgemeiner Tarif-
positionen wurde auch ein umfangreicher spezialisierter
Affordtarif festgelegt. Die Dauer des Vertrags beträgt
ein Jahr. Beteiligt sind an dem Abschluß 75 Stein-
mehlen. — Die Preußisch-Hessischen Basaltwerke (D. Graff)
sowie die Hessischen Basaltwerke (M. Schmiedeknecht) haben
den vorgelegten Tarif unterschrieben.

Reinheim (Odenwald). Der Streik bei der Firma Froh-
mann & Co. dauert fort. Die Firma hat von der be-
kannten Streikbrechervermittlung in Hamburg „Ersatz“
bezogen.

Rathaus (Schlesien). Mit dem Pflastersteinbruchbesitzer
Nathan Schall konnte auch hier ein umfangreicher Tarif,
welcher für 200 Kollegen gilt, erstmalig zum Abschluß
gebracht werden. Im Tarifaufbau sind die verschiedensten
Gesteinslagen dementsprechend gewürdigt worden. — Die
Tarifverhandlungen mit dem Pflastersteinwert der Pro-
vinz Posen sind ebenfalls im vollsten Gange.

Jena. Die Tarifverhandlungen sind noch nicht beendet.
Die Firma Günther hat den Tarif unterschrieben. Die
anderen Unternehmer weigern sich noch. Zugang ist streng
fernzuhalten.

**Rödnitz, Hohnburg, Collmen, Wurzen, Falkenhain, Dorn-
reichenbach und Grimma.** Im hiesigen Steinbruchgebiet
sind ca. 1000 Pflastersteinarbeiter im Streik. Die Firmen
Busse, Weißhorn, Rödnitzer Porphyrt-Alt.-Gesell-
schaft und Jachmann lehnten eine Vermittlung durch
den Wurzen Stadtrat, Herrn Dr. jur. Troitzsch, brüskt
ab. Die Firmen wollen auch in Zukunft das „wilde“
Affordsystem aufrecht erhalten. Zugang nach dem Streik-
gebiet ist unter allen Umständen streng fernzuhalten. Seit
dem Streik sind um 3000 Eisenbahnwagen-Ladungen
weniger zum Verland gekommen.

Stuttgart. Die Verhandlungen mit den Grabsteinfirmen
führten zu keinem Resultat; der Streik wurde beschlossen.
Auch mit den Marmorgeschäften ist eine Verständigung
noch nicht zustande gekommen.

Nordendorf. Die Lohnverhandlungen sind gescheitert; 30 Kol-
legen sind am 10. Mai in den Streik getreten.

Seebach (Schwarzwald). Bei den Granitwerken See-
bach sind sämtliche Arbeiter in den Streik getreten. Zu-
gang von Pflastersteinmachern nach hier ist streng fern-
zuhalten.

Bayrischer Wald. Der Bezirkstarif für das Granitgebiet
des Bayrischen Waldes ist am 11. Mai erneut zum Ab-
schluß gekommen. Für Monumentalarbeiten ist Flächen-
und Gliederberechnung zugrunde gelegt; der neue Tarif
gelangte am zweiten Jahrtag des Mai zur Einführung.

In Oesterreich-Ungarn sind gesperert: Ofegg, Görkau, Tep-
itz (Böhmen), Stanislaw (Galizien), Wien, Cilli, Trient,
Temesvár (Georg Rapfer), Pozsony, Arad, Győr, Pécs,
Zombor, Eslegg (Kroatien).

Zum Tarifabschluß im Bayrischen Wald.

Im Mai 1907 kamen erstmalig für die Orte Metten-
Ebenkett, Blauberg, Bühlberg Tarifverträge
zum Abschluß. Ein Jahr später wurden dieselben von der
Arbeiterchaft gekündigt unter der Voraussetzung, einen Be-
zirkstarif für den ganzen Bayrischen Wald anzustreben.
Diesem begreiflichen Bestreben stellten sich große Schwierig-
keiten entgegen. Die Löhne des unteren Bayrischen Waldes
waren viel niedriger als die im oberen Teil desselben Ge-
biets. Außerdem bestand seit 26. Juni 1906 in Hauzenberg
ein Tarif, der technisch große Lücken aufwies und finanziell
unter allem Hund war. Für Grabsteinsockel und Ein-

fassungen, Quader, Deckplatten usw. bot die Figurentafel
dieses Tarifs wohl Skizzen, im Text aber hieß es: „Die
Arbeiten werden nach Vereinbarung zu den bisherigen
Preisen bezahlt.“ Die vorgelegenen Preise für Stufen,
Platten, Haussockel, Abdeckungen, Gartensockel, Randsteine,
Lichtschachtführungen und Treppenwangen waren schlecht,
und deckten den Unternehmern für die bevorstehenden Ver-
handlungen den Rücken, der Arbeiterchaft waren sie ein
Hemmnis für jede Weiterentwicklung.

Dieser Tarif war das Produkt des christlichen Hilfs- und
Transportarbeiterverbandes, und kam unter den genialen
Führern „Dswald-Reißler“, welche beide vom Stein-
mehzhandwerk absolut nichts verstehen, zustande.

Der § 8 Absatz 1 des Tarifs, der lautete: „Arbeiter, die
aus der christlichen Organisation austreten, oder aus der-
selben ausgeschlossen werden, verlieren alle Rechte, die sich
aus diesem Vertrag für sie ergeben.“ Dieser Paragraph
war ein Glück für die Arbeiterchaft von Hauzenberg, indem
jedem einzelnen die Möglichkeit geschaffen war, durch Aus-
tritt aus dem christlichen Verband seine Interessen als Per-
son zu wahren. Daß dies in reichlichem Maße auch erfolgte,
zeigte nur, wie hoch die Hauzenberger Kollegen den Tarif
des genialen Führers Dswald einschätzten.

Wenn trotz dieser Schwierigkeiten, teils durch langwierige
und ebenso nachdrückliche Verhandlungen, teils durch monate-
lange Kämpfe, der Bezirkstarif im Jahre 1908 mit dem
Steinarbeiterverband zum Abschluß gelangte, so
war dieses hauptsächlich der Geschlossenheit und dem starken
Willen der „frei“ organisierten Arbeiter zu danken. Er-
reicht wurde damals im allgemeinen:

Die Verbesserung der Affordlöhne;
Minimalstundenlöhne für Steinmehlen, Brecher,
Schmiede und Hilfsarbeiter;
Vollkommene Schmiede- und Werkzeugfreiheit;
Anerkennung eines Schiedsgerichts zur Schlichtung von
Tarifstreitigkeiten;

Ferner wurde neben vielen andern Verbesserungen die
Bestimmung getroffen, daß die Rohsteine, die bisher
von Steinmehlen selbst aus dem Bruch geholt werden
mußten, in Zukunft bis an den Werkplatz von Hilfs-
arbeitern transportiert und bei größeren Stücken so-
gar mit aufgebauert werden müssen, u. s. f.

Diese Erfolge wird nur der einzuschätzen wissen, der vor-
 allem mit unsern beruflichen Verhältnissen eng vertraut ist
und die Produktionsverhältnisse früherer Zeiten, unter der
Aera christlicher Obhut und Zufriedenheit kennt.

Daß dieser Erfolg des deutschen Steinarbeiterverbandes
denen, die nach dem Motto des Domkapitular Dr. Braun:
„Teile die Arbeiter, so beherrscht du sie“ handeln, nicht an-
genehm war, beweisen die Artikel der Zentrums-Donau-
zeitung, einem christlichen Blatt, das niemals lügt. (!) Da
heißt es unter anderem: „Festgestellt sei ferner, daß es den
Genossen nicht einmal gelungen ist, das Werkzeug und das
Schärfen desselben auf die Arbeitgeber zu übernehmen, son-
dern, daß dieses nach wie vor die Arbeiter auf ihre
Kosten selbst zu besorgen haben.“ Eine Lüge, wie sie größer
nicht niedergeschrieben sein könnte.

Das Organ des Herrn Dswald, die christliche Gewerk-
schaftsstimme Nr. 35 vom Jahre 1908 schrieb: „Wenn wir
nun gar die vom roten Verbands in Büchelberg, Tittling,
Metten usw. abgeschlossenen Tarif mit dem von unserm Ver-
band 1906 abgeschlossenen Tarif vergleichen, so kann sich der
Berufscolleague Mittenmaier keineswegs anmaßen, daß seine
Arbeit Mustertarife sind.“

Der Uneingeweihte wird beim Lesen dieser Zeilen den
Gedanken nicht los werden, daß die Erfolge des Stein-
arbeiterverbandes im Bayrischen Wald gleich Null waren.
Vergleicht man aber die einzelnen Positionen des Bezirks-
tarifs der freien Gewerkschaft mit denen des Hauzenberger
Tarifs der christlichen Gewerkschaft und zieht dabei in Be-
tracht, daß das Hauzenberger Steinmaterial eines der här-
testen der bayrischen Granite ist, so tritt die Lügenhaftig-
keit, Unkenntnis und Schwäche der schwarzen Artikelschreiber
klar zutage.

Nur einige Beispiele, wie niedrig der Hauzenberger
Tarif trotz des harten Gesteins war:

| Stufen | Breite per lfd. Meter | Hauzenberg | Metten usw. |
|---------------|-----------------------|------------|-------------|
| | Meter | Mk. | Mk. |
| Profil I .. | 0,25 | 2.— | 2.— |
| | 0,30 | 2.— | 2.20 |
| | 0,34 | 2.— | 2.40 |
| | 0,40 | 2.50 | 2.60 |
| | 0,45 | 2.70 | 3.20 |
| | 0,48 | 2.70 | 4.— |
| Profil II .. | 0,28 | 3.10 | 3.90 |
| | 0,34 | 3.50 | 4.20 |
| | 0,40 | 4.— | 4.50 |
| | 0,43 | 4.— | 5.— |
| | 0,48 | 4.40 | nach Fläche |
| | 0,30 | 2.50 | 2.70 u. 3.— |
| Profil III .. | 0,32 | 2.50 | 3.— „ 3.30 |
| | 0,35 | 2.70 | 3.— „ 3.30 |
| | 0,40 | 2.70 | 3.30 „ 3.50 |
| | 0,43 | 3.— | 3.80 „ 3.80 |
| | 0,48 | 4.40 | nach Fläche |
| | 0,48 | | |

So wie bei diesen drei Profilen, waren auch bei allen
weiteren Stufenpositionen die Preise des Tarifs für den
Steinarbeiterverband (Sitz Leipzig) durchgehend
um 20–30 Pfg., ja in mehreren Fällen um 90 Pfg., 1 Mk.
und 1.20 Mk. per laufenden Meter höher. So wie bei den
Stufen waren auch die Platten, Abdeckungen usw. weit
unter den Sätzen des Bezirkstarifs für den Steinarbeiter-
verband.

Diese beiden Tarife in ihren technischen und finanziellen
Verschiedenheiten standen sich nun bis zum 12. Juni 1911
gegenüber. An diesem Tage gelangte für beide Organi-
sationen der vom Steinarbeiterverband am 31. Mai 1908
abgeschlossene und von den christlichen Führern und Räte-
blättern so viel geschmähte Tarif auch für Hauzenberg zur
Anerkennung. In Hauzenberg hatten nämlich die Schwarzen
ihren Hauptzitz.

Am 28. Dezember 1911 tagte nun in Plattling eine
gemeinschaftliche Sitzung der freien und christlichen Gewerk-
schaft mit den Unternehmern, bei welcher Gelegenheit vom
Gaulleiter Mittenmaier den Unternehmern eröffnet wurde,
daß der Tarif von Seiten der Arbeiter gekündigt wird. Unter
andem wurde auch vereinbart, „daß der Steinarbeiterver-
band bis 1. Februar 1912 einen Tarif vorzulegen hat, wel-
chem Beschluß sich auch der Vertreter des christlichen Keram-
arbeiterverbandes aus rein begreiflichen Gründen anschloß.“

Die Vorarbeiten wurden vom Gaulleiter aufs pünkt-
lichste durchgeführt und an die Unternehmer sowohl, als auch
dem christlichen Keramarbeiterverband die Tarifvorlage
ausgehändigt.

Die Verhandlungen begannen am 20. März und endeten
am 22. März, vorerst resultatlos. Das Gebaren der Unter-
nehmer überstieg alles bisher Dagewesene, und nur dem
Voritzenden, Herrn Regierungsrat Ritter v. Lent, war es
zu danken, daß es nicht schon in der ersten Stunde zum end-
gültigen Scheitern kam.

Herr Kommerzienrat Kerber wollte beweisen, daß unter
dem bisherigen Tarifverhältnis ein Aufschwung der Granit-
industrie im Bayrischen Wald nicht erfolgt sei; natürliche
Beweise konnten jedoch für diese Behauptung nicht erbracht
werden.

Die Löhne seien zu hoch und müßten um das, was die
höheren Frachtsätze gegenüber dem Fichtelgebirge aus-
machten, erniedrigt werden.

Herr Direktor Sengfried klagte über großen Arbeiter-
mangel, Blaumachen, Trinkelage usw., und kam zu dem
Schluß, „wenn die Arbeiter zu Hause so arbeiten wie im
Odenwald, Sachsen usw., so verdienen sie so viel, wenn nicht
mehr, als dort verdient wird. Recht schön nahmen sich auch
seine Worte aus, „die Arbeitszeit dürfte nicht verkürzt wer-
den, da sonst noch mehr Zeit zum Biertrinken bleibe“.

Herr Schönmann, der ja zur Genüge bekannt ist, wollte
die Arbeiter mit der frischen freien Luft verfrachten, legte
aber zugleich einige Anträge vor, die geeignet waren, den
Strid zu bilden, um auch diesen Luftzutritt im geeigneten
Augenblick zu verhindern. So wurde drei Tage verhandelt
ohne jedes Resultat. Hervorgehoben muß werden, daß die
christlichen Vertreter Statistiken markierten, bis sie von Herrn
Kommerzienrat Kerber an ihre Rolle mit den Worten er-
innert werden mußten: „Ja, jetzt sagen auch halt einmal die
anderen Herren Vertreter, wie sie sich zur Arbeitszeitver-
kürzung stellen.“ „Wir schließen uns in dieser Beziehung
den Ausführungen des Herrn Waltherr an.“ war die Antwort
des Herrn Brendel, der anscheinend auf solche unange-
nehme Ueberraschung nicht gefaßt war. Der Statist „Leh-
ner“ blieb in seiner Verfassung und ergab sich somit in echt
christlicher Demut; als Arbeitervertreter, der den Unter-
nehmern Respekt abgewinnt. (!) Nachdem noch einige Er-
klärungen auf beiden Seiten abgegeben waren, ging man
auseinander, um am 29. April zu neuen Verhandlungen zu-
sammenzutreten.

Bis zu diesem Zeitpunkt mußten die drei Verbände in
geforderte Beratungen eintreten und ihre Vorschläge gegen-
seitig übermitteln.

Die Stellung des Steinarbeiterverbandes war auch bei
diesen Beratungen die gleiche geblieben. Ein Abweichen
von den geforderten Preisen war nicht möglich, ein Abschluß
ohne Glieder- und Flächentarif undenkbar.

Trotz dieser festen Stellung unsererseits wurden die Ver-
handlungen von den Unternehmern nicht mehr abgelehnt,
und am 29. April wurden diese wieder aufgenommen.
Wieder wurde vier Tage verhandelt und der Vertrag, die
allgemeinen Bestimmungen, sowie der Spezialtarif unter
Dach gebracht, ohne daß die beiden christlichen Statistiken zur
positiven Tarifberatung ein Wort gesprochen hätten. Kol-
legen, so handeln diese Zentrums-gewerkschafter!

Bei der Festlegung der Stundenlöhne endlich öffnete sich
der Mund des Herrn Lehner, um neben einem Gebaren, das
an Verrat grenzt, öffentlich zu dokumentieren, daß sie mit
dem Steinarbeiterverband nicht mehr gemeinsame Sache
machen wollten. Während die Vertreter des Steinarbeiter-
verbandes noch immer den Beschluß der beiden Arbeiterver-
bände verteidigten,

„Ab 1. Mai 1912 Erhöhung des Stundenlohnes um
2 Pfg., ab 1. April 1913 Erhöhung des Stundenlohnes
um weitere 2 Pfg.“

beantragte der christliche Arbeitervertreter — ohne die De-
legierten des Steinarbeiterverbandes erst zu Rate zu ziehen

— eine Erhöhung des Stundenlohnes für 1912 von 1 Pfg. und für 1913 einen weiteren Pfennig. Dieses Verhalten empörte unsere Kollegen aufs äußerste. Lange noch wird dieses Gebaren Rechners von unsern Kollegen gebremst werden müssen. Am 10. Mai endlich sollten die Verhandlungen weiter führen und zu einem Abschluß führen.

Zwei Tage ernst und nachdrücklicher Beratungen brachten nun den Entschluß; der starke Wille des Steinmetzverbandes hat die Kraft des Unternehmerverbandes gebrochen und den Sieg an die Fahne dieses Verbandes gehängt. Daß bei allen notwendigen Sonderberatungen die christlichen Vertreter allein bei den Unternehmern sitzen blieben, um öffentlich zu kennzeichnen, daß sie mit uns nicht mehr gemeinsame Sache machen, wird ihnen die tiefste Verachtung aller denkenden Kollegen sichern. Ob sie durch ein solches Gebaren bei den Unternehmern imponierten, erscheint zweifelhaft, wenn ja, ist ihnen diese Sympathie gerne gegönnt. Die Kollegen des Bayerischen Waldes sind mit ihrem Erfolg zufrieden und wissen, wenn sie es zu danken haben, wenn einige Positionen nicht durchgedrückt werden konnten. Ganz besonders werden sich die Kollegen das Verhalten der christlichen Vertreter bei der Beratung des Stundenlohnes und der Arbeitszeitverkürzung merken und nützlich anwenden.

Der Tarifabschluß hat für ca. 700 Kollegen in acht Orten des Bayerischen Waldes Gültigkeit. Bemerkenswert ist, daß er alle bestehenden und künftigen Zahlstellen des Verbandes umfaßt.

Alle Verschlechterungen und die Zumutungen des Herrn Schönmann wurden abgewehrt. Der Spezialtarif erhielt teils recht wesentliche Verbesserungen und fast durchweg Einheitspreise nach den höchsten Sätzen. Soweit Bauarbeiten nicht berechnet werden können, unterliegen diese gegenseitiger Vereinbarung; kommt eine solche nicht zustande, so wird die Arbeit im Stundenlohn angefertigt. Für die Monumentalarbeit ist ein umfassender Glieder- und Flächenstarif zur Anerkennung gebracht worden, der technisch sowohl als auch in finanzieller Beziehung auf der Höhe der Zeit stehen dürfte.

Diesen Erfolg agitatorisch auszunützen, muß nun die Aufgabe der Zahlstellen und Kollegen sein.

Aus der Schwarzwälder Pflastersteinindustrie.

Bei der Firma Granitwerke Seebach ruht seit Donnerstags, den 23. Mai, die Arbeit in sämtlichen Betrieben. Auch die bei einigen Unteraffordanten der genannten Firma beschäftigten Arbeiter beschloßen, die Arbeit niederzulegen. Die Ursache des urplötzlich ausgebrochenen Konflikts ist folgende: In dem in Seebach gelegenen Steinbruch Wolfsbrunn sind zwei Schmiede beschäftigt, die neben der Verfertigung für 54 Steinhauer mit Gestein noch die Maschinen bedienen müssen (Turbine, Motor, Preßluftanlage). Außerdem haben sie die Pferdebeschlagnungen und Wagenreparaturen zu erledigen. Früher waren in Wolfsbrunn 4 Schmiede beschäftigt. Allmählich wurden sie auf zwei reduziert. Es sei, nebenbei bemerkt, daß es eine Eigentümlichkeit der Firma ist, in auffallendem Maße an Hilfskräften zu sparen. Auch Tagelöhner sind viel zu wenig vorhanden, so daß die Affordarbeiter gezwungen sind, viele ihnen nicht zukommende Arbeiten nebenbei umsetzen zu machen. Bei der Überlastung der Schmiede mit Nebenarbeiten ist es nicht verwunderlich, daß sie nicht genügend Gestein für die im Afford beschäftigten Steinhauer beschaffen konnten. Gedrängt von letzteren waren sie gezwungen, Ueberstunden in ganz erheblicher Zahl zu machen, um nur einigermaßen nachzukommen. Schließlich waren sie außerstande, den an sie gestellten Ansprüchen gerecht zu werden und verlangten von der Firma die Einstellung eines weiteren Schmieds. Die Firma verweigerte dies mit dem Verlangen, mehr Ueberstunden zu machen. Die Schmiede mußten dies ablehnen mit Rücksicht auf den beschwerlichen, steilen, fast einstufigen Weg, den sie bis zur Arbeitsstelle haben. Sie verlangten denn eine Erhöhung des Stundenlohnes von 55 auf 60 Pfg., und für Ueberstunden, die nur zum normalen Preise bisher bezahlt wurden, 5 Pfg. Zuschlag. Gewiß eine bescheidene Forderung. Von der Firma wurde jedes Eingehen auf die Wünsche der Schmiede abgelehnt, und als sie darauf bestanden, wurde diesen gefündigt. Bei den Vermittlungsverhandlungen durch die Organisation wurde ebenfalls eine Entigung nicht erzielt. Herr Thiele erklärte, lieber einem jeden fremden Schmied 80 Pfg. zu bezahlen, als den Einheimischen nur einen Pfennig mehr. Er lasse sich nicht zwingen. Darauf erklärten sich die übrigen 3 Schmiede der Thiele'schen Brüche in Seebach ebenfalls solidarisch und reichten ihrerseits die Kündigung ein. Um nun einen Druck auf die Schmiede auszuüben, kündigte die Firma sämtlichen Arbeitern in Seebach.

Das Vorgehen der Firma wäre unverständlich, wenn darin nicht ein tieferer Zweck vermutet werden müßte. Denn eine Kündigung wegen den 5 Schmieden wäre eine Leichtigkeit gewesen, wenn sie gewollt worden wäre. Aber es ist zu beachten, daß der Tarifvertrag der Pflastersteinhauer vor dem Ablauf stand. Die Verhandlungen über eine Erneuerung hatten sich infolge des strikt ablehnenden Verhaltens der Firma erschlagen. Die Kündigung sämtlicher Seebacher Arbeiter verfolgte den Zweck, die Arbeiter einzuschüchtern und sie gefügig zu machen zur bedingungslosen Verlängerung des alten, überlebten Vertrags. Es sollte ein Schreckhauch sein, um Uneinigkeit in der Reihe der Arbeiter zu tragen. Die Firma hat einen Betriebskonflikt geschaffen, um die Unstimmigkeit zwischen den verschiedenen der Firma gehörigen Betrieben zu tragen und damit der Geschlossenheit der Arbeiter beim bevorstehenden Tarifablauf die Spitze abzubrechen.

In richtiger Würdigung dieser Absicht haben die Kollegen der Betriebe R a p p e l w i n d e d und N e u s a z ebenfalls ihre Kündigung eingereicht, um einer Zersplitterung der Kollegenchaft vorzubeugen.

Die Bevölkerung der betroffenen Schwarzwaldorte steht auf Seiten der Arbeiter. Wir appellieren an das Solidaritätsgefühl der Kollegen und ersuchen, den Schwarzwald bis zur Erledigung der Angelegenheit zu meiden.

Tarifvertragspflichten.

Der „Arbeiterrechtsbeilage“ Nr. 1 des „Korrespondenzblattes“ der Generalkommission entnehmen wir die nachfolgende Abhandlung von Rechtsanwalt Dr. S i n z h e i m m e r, die auch für unsern Verband von großer Wichtigkeit ist:

Die Frage des Tarifvertrages tritt immer mehr in ihr zweites Stadium der Entwicklung. Während früher ausschließlich um das dem Tarifvertrag zugrunde liegende wirtschaftliche und soziale Problem gekämpft wurde und heute noch zu einem großen Teil gekämpft wird, treibt die Weiterentwicklung immer mehr zur rechtspolitischen Behandlung dieses Vertragsgebildes. Die Voraussetzung dieser rechtspolitischen Behandlung ist die vorurteilslose Eingangs in die gegenwärtige Rechtslage. Eine wichtige Frage dieses gegenwärtigen Rechtes betrifft die Pflichten, die der Arbeiterverband durch einen Tarifvertrag auf sich nimmt. Ihre Bedeutung ist durch zwei bemerkenswerte Entscheidungen des Reichsgerichts vom 5. Oktober 1909 und vom 20. Januar 1910, beide Hamburger Arbeitskämpfe betreffend, besonders hervorgetreten.

Bei der Frage ist davon auszugehen, daß der Arbeitsvertrag ein Rechtsverhältnis ist. Die Anschauung, daß der Arbeitsvertrag ein rechtlich neutrales, nur soziales, durch Macht oder Sittlichkeit bestimmtes tatsächliches Verhältnis ist, muß endgültig aufgegeben werden. Diese in der rechtswissenschaftlichen Literatur schon längst vertretene Grundanschauung ist durch die oben erwähnten Entscheidungen des Reichsgerichts ausdrücklich bekräftigt worden. Das Reichsgericht hat zugleich die Ansicht zurückgewiesen, als ob dieser Auffassung der bekannte § 152 Abs. 2 der Gewerbeordnung entgegenstünde. Denn diese Vorschrift paßt, wie das Urteil vom 20. Februar 1910 ausführt, nur auf Vereinbarungen, die zum Zwecke des Kampfes geschlossen sind und auf Vereinbarungen, die über den Kampf und seine Führung getroffen sind, nicht aber auf einen Kampfergebnis, das ein Tarifvertrag enthält.

Die Rechtspflicht, die sich hieraus für den Arbeiterverband ergibt, ist die Pflicht, den durch den Tarifvertrag gebotenen Arbeitsfrieden zu halten und dafür zu sorgen, daß auch seine Mitglieder ihn halten. Dies ist die wesentliche Verpflichtung, wenn auch nach dem besonderen Inhalt eines bestimmten Tarifvertrages noch weitergehende und andere Verpflichtungen vorliegen können. Diese Friedenspflicht ist keine rechtliche Verlegung des Arbeitskampfes überhaupt während der Geltungsdauer eines Tarifvertrages. Denn sie gilt nur, soweit sie durch den Inhalt des Tarifvertrages geboten ist. Arbeitskämpfe, die sich auf die durch den Tarifvertrag geschaffene Arbeitsordnung nicht beziehen, können daher von der Friedenspflicht nicht umfaßt sein. Dies gilt zum Beispiel von einem Generalstreik, der um Grundfragen des politischen oder sozialen Lebens geführt wird, aber auch von Sympathiestreiks, die nicht geführt werden, um einen in Geltung befindlichen Arbeitsvertrag zugunsten der Arbeiter außer Kraft zu setzen, und auch von solchen Streiks, die sich auf andere außertarifliche Gegenstände beziehen, zum Beispiel auf eine Abwehr, die geführt wird gegen einen im Tarifvertrag nicht vorgesehenen einseitigen Arbeitgebernachweis. Die Sorge um die Erhaltung des Arbeitsfriedens durch die Mitglieder legt aber dem Verband die Pflicht auf, nichts zu tun, was eine Unterlegung vertragswidrig streitender Mitglieder bedeutet und alles zu tun, was Statuten und das übliche vorschreiben, um Mitglieder vom Streik abzuhalten, sie zum Frieden zurückzuführen.

Wer haftet für die Einhaltung dieser Friedenspflicht?

1. Es haftet in erster Linie der Verband. Die Haftung des Verbandes tritt ein, wenn er selbst den Frieden bricht, sei es, daß er von sich aus die tarifwidrige Kampfshandlung vornimmt (er beschließt zum Beispiel, gegen die Bestimmungen des Tarifvertrages in einen Kampf einzutreten), sei es, daß er von sich aus für die Einhaltung des Arbeitsfriedens durch seine Mitglieder nicht sorgt (zum Beispiel der Verband beschließt, tarifwidrig im Kampf stehenden Mitgliedern Streikunterstützung zu zahlen). Aber der Verband haftet nicht nur für eigenes Verhalten. Er haftet auch für das Verhalten seines Vorstandes. Es ergibt sich diese Haftung nicht aus § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach der Verein für Handlungen seines Vorstandes einzutreten hat, die zum Schadenersatz verpflichten. Denn diese Bestimmung gilt nicht für nicht rechtsfähige Vereine, die unsere Arbeiterverbände in der Regel immer noch sind, sie gilt auch in der Regel nicht für vertragswidrige, sondern nur für unerlaubte außervertragliche Handlungen. Die Haftung ergibt sich vielmehr, wie das Reichsgericht in seiner Entscheidung vom 5. Oktober 1909 ausdrücklich anerkannt hat, aus der Bestimmung des § 278 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach ein Schuldner ein Verschulden derjenigen Personen, deren er sich zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten bedient, in gleichem Umfange zu vertreten hat wie eigenes Verschulden. Die Personen, deren sich ein Arbeiterverband als Schuldner im Tarifvertrag zur Erfüllung seiner Friedenspflicht bedient, sind der Vorstand (eventuell auch besonders bestellte Beamte, auf die § 278 des Bürgerlichen Gesetzbuches ohne weiteres auch zutrifft). Was also der Arbeiterverband nicht selbst tun darf, ohne den Tariffrieden zu führen, das darf auch der Vorstand nicht tun, ohne seinen Verband haftbar zu machen. Zum Vorstand ist nicht nur der Vorstand des Zentralverbandes, sondern auch der Vorstand von Zweigvereinen oder Zahlstellen zu rechnen. Ist dieser Zweigverein eine selbstständige Organisation, der als selbstständiger Verein angesehen ist, dann haftet für die Handlung des Vorstandes nur der Zweigverein. Ist aber der Zweigverein nur eine Abteilung, eine Verwaltungsstelle des Zentralverbandes, dann trifft die Verantwortlichkeit für Handlungen des Vorstandes dieser Stellen den Zentralverband. — Haftet der Verband auch weiter für seine Mitglieder, die, entgegen seinem Willen und ohne seine Unterstützung Kampfhandlungen begehen? Diese Frage ist zu verneinen. Denn es besteht aus keinem Rechtsgrund eine Garantie des Verbandes aus einem Tarifvertrag für das Verhalten seiner Mitglieder, wenn nicht ausdrücklich im Tarifvertrage eine solche Garantie übernommen worden ist, was bekanntlich für manche Tarifverträge zutrifft.

2. Es haftet aber auch der Vorstand für sich. Dies ist der Fall, wenn der Vorstand im Namen des Verbandes, was meistens geschieht, den Tarifvertrag abgeschlossen hat. Es haften dann alle Vorstandsmitglieder als Gesamtschuldner. Diese Rechtsfolge ergibt sich aus § 54 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach aus Rechtsgeschäften, die im Namen eines rechtsfähigen Vereins einem dritten gegenüber vorgenommen werden, der Handelnde persönlich und, wenn mehrere handeln, die Handelnden als Gesamtschuldner haften. Diese Rechtsfolge gilt übrigens nicht nur für den Vorstand, sondern auch für jeden anderen, der im Namen eines solchen Vereins mit einem dritten ein Rechtsgeschäft vorgenommen hat. Das Reichsgericht hat diese rechtliche Folgerung für die Haftung aus Tarifverträgen ausdrücklich anerkannt. Durch Vertrag kann diese Haftung wegbedungen werden.

3. Eine letzte Frage ist, ob die Mitglieder des Verbandes neben dem Verband mit ihrem persönlichen Vermögen und Einkommen haften. Da auf nicht rechtsfähige Vereine nach § 54 des Bürgerlichen Gesetzbuches die Vorschriften über die Gesellschaft Anwendung finden, für Schulden der Gesellschaft aber rechtsfähig die einzelnen Gesellschafter als Gesamtschuldner haften, so liegt zunächst die Annahme nahe, daß nun tatsächlich die Mitglieder von Arbeiterverbänden Friedensbrüche, für die der Verband haftet, auch ihrerseits vertreten müssen. Doch ist hier folgendes zu beachten: § 54 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist nachgiebiges Recht, d. h. übereinstimmender Wille der Vertragsparteien kann die Haftung der Mitglieder ausschließen und sie beschränken auf das Vereinsvermögen. Dieser Ausschluß kann ausdrücklich erfolgen. Er kann aber auch stillschweigend geschehen. In der Annahme einer solchen stillschweigenden Beschränkung gehen Literatur und Judikatur ziemlich weit. So sagt zum Beispiel Dertmann in seinem Kommentar zum allgemeinen Recht des Bürgerlichen Gesetzbuches (Seite 171): „... man wird vielleicht ohne allzu große Kühnheit diese Beschränkung als im Zweifel ausgemacht in der Regel, wenn auch nicht immer, schon dann unterstellen dürfen, wenn nur allgemein für den Verein kontrahiert ist.“ Legt man diese Auffassung zugrunde — so wird man annehmen dürfen, daß die Mitglieder von Arbeiterverbänden aus Tarifverträgen im allgemeinen nicht haften, weil wohl hier immer im allgemeinen „für den Verein kon-

trahiert ist“. Uebrigens läßt sich die gleiche Haftungsbeschränkung auf das Vereinsvermögen erzielen, wenn in den Statuten der Arbeiterverbände ausdrücklich dem Vorstand nur das Recht eingeräumt ist, den Verein als solchen mit seinem Vereinsvermögen zu vertreten. Die Verbände haben es deswegen ohne weiteres in der Hand, durch entsprechende Redaktion ihrer Statuten zweifelsfrei die Mitglieder von der Haftung zu befreien.

Sind sich die Arbeiterverbände immer bewußt, welche Pflichten sie übernehmen, wenn sie Tarifverträge schließen? Sind sich alle, die eine „gesetzliche“ Regelung der Tarifverträge, insbesondere durch eine Regelung der „Haftung der Gewerkschaften“ fordern, klar darüber, welche Pflichten heute rechtlich bestehen?

Der Jahresbericht der höchsten Gewerkschaftsinstanz.

Der Bericht der Generalkommission, der in der Nr. 19 des „Korrespondenzblattes“ erstattet wird, erwähnt einleitend die wichtigsten sozialpolitischen Gesetze, mit welchen sich der Reichstag im letzten Jahre beschäftigt hat. Dazu gehört das Arbeitskammergesetz, welches bekanntlich geheierte ist. Das Heimarbeitergesetz ist vom Reichstag verabschiedet worden und am 1. April 1912 bereits in Kraft getreten. Die wichtigste Forderung der Heimarbeiter, die Errichtung von Lohnämtern, ist durch das Gesetz aber nicht erfüllt. Der Bericht erwartet von dem Gesetz, daß es wesentlich dazu beitragen wird, die Heimarbeiter von der Notwendigkeit organisierter Selbsthilfe zu überzeugen. Schließlich wurde das Versicherungs-gesetz für die Angestellten erwähnt, welches ebenfalls im Herbst verabschiedet wurde.

In einer Betrachtung über das Ergebnis der Reichstagswahlen wird darauf hingewiesen, daß diese Wahlen auch für die Gewerkschaften von erhöhter Bedeutung waren. Die gegenwärtige Zusammensetzung des Reichstages bietet einen gewissen Schutz gegen die gewerkschaftsfeindlichen Pläne, die von der Regierung und den hinter ihnen stehenden industriellen und agrarischen Scharwadern verfolgt werden. In Ermangelung von verschärften Strafbestimmungen oder gar Ausnahme-gesetzen bemüht sich aber die Regierung, die ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel gegen die ihr Konstitutionsrecht ausübenden Arbeiter um so schärfer zur Anwendung zu bringen. Die blühendste Befähigung der um wirtschaftliche Besserstellung ringenden Arbeiter trägt jedoch in hervorragendem Maße dazu bei, immer größere Massen den Organisationen zuzuführen, und steigert den Widerstand und den Opfermut der Arbeiter-schaft. Den Schluß dieser Betrachtungen bildet ein Rückblick auf die vorjährige Studienreise der französischen Gewerkschaftsvertreter nach Deutschland und die Friedensdemonstrationen, die aus diesem Anlaß in Berlin und Paris veranstaltet wurden.

Aus der eigentlichen Tätigkeit der Generalkommission wird zunächst über die gemeinsame mit dem Zentralverband der Konsumvereine geleistete Vorarbeit zur Errichtung einer gewerkschaftlichen genossenschaftlichen Unterstützungsvereinigung berichtet. Es ist beschlossen worden, eine Aktiengesellschaft zu gründen, zu welcher das Aktienkapital je zur Hälfte von den Gewerkschaften und den Genossenschaften aufgebracht wird. Die geplanten Unterstützungs-richtungen unterliegen gegenwärtig der Begutachtung durch sachverständige Versicherungsmathematiker. Voraussetzungen sind die Versicherungsunternehmen noch im Laufe dieses Jahres in Wirksamkeit treten. Als Frucht der gemeinsamen Arbeit der Generalkommission mit dem Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine ist auch der von beiden Körperschaften herausgegebene Aufruf zur Bekämpfung der Schäden der Heimarbeit zu nennen, der kürzlich in der Presse veröffentlicht wurde und außerdem als Merkblatt in einer Auflage von 1 Million Exemplaren verbreitet werden soll.

Das Bedürfnis nach Errichtung von Arbeitersekretariaten und die Anstellung von Gewerkschaftssekretären ist immer noch sehr lebhaft. Die Suche um Gewährung von Zuschüssen zu diesem Zweck oder um Übernahme der gesamten Kosten haben eine weitere Zunahme erfahren. Es wird darauf hingewiesen, daß derartigen Gesuchen nur in sehr beschränktem Umfange Folge gegeben werden kann. Finanzschwachen Gewerkschaften hat dagegen die Generalkommission Beihilfen zur Durchführung sozialer Wahlen gewährt und die zur Rechtsauskunft erforderlichen Bücher zur Verfügung gestellt. Erhebliche Mittel sind zur Beschaffung von Versammlungsmöglichkeiten aufgewendet worden; doch handelt es sich dabei nur um die Mietung geeigneter Räumlichkeiten. Zum Erwerb eigener Grundstücke gibt die Generalkommission Mittel nicht her.

Die Agitation unter den italienischen Arbeitern wird dadurch gefördert, daß in den Wintermonaten geeignete Agitatoren in die Bezirke Italiens entsandt werden, aus welchen die härteste Einwanderung nach Deutschland erfolgt. Außerdem ist in München ein italienisches Sekretariat als Auskunfts- und Agitationsstelle für die aus der Provinz Udine kommenden Ziegelei- und Bauarbeiter eingerichtet. Den Plan des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, ein Gewerkschaftsblatt in italienischer Sprache herauszugeben, hat die Generalkommission durch die Übernahme eines Teils der Kosten unterstützt.

Von den in Deutschland erscheinenden fremdsprachigen Gewerkschaftsorganen hatte der „Operaio Italiano“ im Jahresdurchschnitt eine Auflage von 9332 Exemplaren und das polnische Blatt „Os-miata“ eine solche von 6678 Exemplaren. Die Auflage des „Korrespondenzblattes“ betrug am Schluß des Jahres 1911 28 400 Exemplare.

Das der Generalkommission angegliederte Arbeiterinnensekretariat hat hauptsächlich die Aufgabe, Agitationsmaterial zu sammeln und es zweckentsprechend zu verwerten. Daneben übernimmt es auf Wunsch die Vermittlung von Referentinnen und versteht solche mit dem nötigen Material. Bei allen seinen Maßnahmen richtet das Arbeiterinnensekretariat sein Augenmerk darauf, Aufklärung über die Bestimmungen der Arbeiter-schutzgesetzgebung zu verbreiten und deren Durchführung zu fördern.

Die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission hat als Hauptaufgabe die geordnete Sammlung von Gesetzgebungsmaterialien, also der Drucksaften des Reichstages und des preussischen Landtages, sowie von wichtigeren Rundgebungen, Anregungen und Erörterungen der Tagespresse, der Zeitchriften und der Fachblätter. Dieses Material kann Interessenten nur an Ort und Stelle zur Verfügung gestellt werden, während das Ausleihen nach auswärtig ausgeschlossen ist. Dagegen ist die Abteilung jederzeit gern bereit, durch Auszüge, Abschriften und Hinweise auf Literatur und Quellen den gewerkschaftlich und politisch tätigen Genossen die Information zu erleichtern.

Derassenbericht der Generalkommission bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 826 246 Mark. Das Vermögen stieg von 432 870 Mark am Schluß des Jahres 1910 auf 442 861 Mark am Schluß des Jahres 1911. Der wichtigste Einnahmeposten sind die Beiträge der Gewerkschaften mit 260 742 Mark. Von den Ausgaben entfällt auf die Agitation 181 914 Mark, auf Kongresse und Konferenzen 10 772 Mark. Für fällige Verwaltungskosten wurden 11 708 Mark, für persönliche 25 540 Mark ausgegeben. Die gewerkschaftlichen Unterstützungen erforderten 54 836 Mark. Das „Korrespondenzblatt“ erforderte eine Ausgabe von 64 049 Mark, das italienische Gewerkschaftsblatt eine solche von 16 572 Mark und das polnische 12 511 Mark. Für das Zentral-Arbeitersekretariat wurden 18 600 Mark, für die Sozialpolitische Abteilung 19 889 Mark ausgegeben.

Ueber die Unterstützung von Streiks und Aussperrungen wird eine besondere Abrechnung gegeben. Die Einnahmen betragen hier einschließlich eines Vortrages von 149 423 Mark insgesamt 584 867 Mark, darunter 425 387 Mark als Ergebnis der Sammlung für

die Tabakarbeiter. Unterstüttungen erhielten: die Rarhnen 55 000 Mark, Tabakarbeiter 405 000 Mark, Zigarrenarbeiter 16 000 Mark. Ferner gingen je an die gewerkschaftlichen Landeszentralen in Serbien 2000 Mark, Spanien 3000 Mark und Norwegen 25 000 Mark. Nach Abzug von 145 Mark Unkosten verbleibt ein Bestand von 78 722 Mark.

Dieser Bericht zeigt, von welcher groÙen Bedeutung die Einrichtung der Generalkommission ist.

Gewerbliche Schiedsgerichte.

In der letzten Zeit ist der Gedanke, um den Ausbruch von schweren wirtschaftlichen Kämpfen zwischen den Arbeitern und Unternehmern zu vermeiden, gesetzlich geordnete Schiedsgerichte einzurichten, immer von neuem erörtert worden. Darüber erschienen nun in der Parteipresse folgende Ausführungen:

In der letzten Zeit tauchten wiederholt Vorschläge auf, die Vorkämpfe durch obligatorische Schiedsgerichte aus der Welt zu schaffen. Sozialreformer wie Verlepsh und Schmolzer legen sich dafür ins Zeug und auch den Arbeitämtern ist die Frage nach der Zweckmäßigkeit eines solchen Gesetzes vorgelegt worden. Dabei haben sich zumal die Vertreter der Unternehmer für, die der Arbeiter gegen diese Idee ausgesprochen, letztere mit der Begründung, daß eine Regierung, die den Streik der Ruhrbergleute mit Militärgewalt niederschlug, kein Vertrauen von Seiten der Arbeiter beanspruchen kann. Praktisch ist damit die Sache schon erledigt; dieser Staatsgewalt misstrauen wir, auch wo sie mit Geschenken kommt. Aber die Frage nach dem Wert einer solchen Reform an sich, bei einer andern, arbeiterfreundlichen und demokratischen Regierung, bleibt dabei offen.

Nun klingt es aber höchst sonderbar, wenn diese verpflichteten Schiedsgerichte unter die Sozialreformen rangiert werden. Wie die Sozialreformer die Uebel des Elends, der Arbeitslosigkeit, der Überarbeit, der schlechten Wohnungen bekämpfen, so sollen sie das Uebel des Streiks beseitigen. Aber die Streiks sind ein Uebel sehr besonderer Art. Kein Arbeiter wird sie als solches bezeichnen; denn sie bilden ja ein Mittel, oft das einzige Mittel, die wirtschaftlichen Uebel, wovon er leidet, zu lindern. Und wenn man ihm davon redet, daß nicht Gewalt und Macht, sondern daß das Recht in den Händen unparteiischer Richter über Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen entscheiden soll, so darf er fragen, was das für eine Justitia ist, die taub und blind blieb, solange er mächellos alles Unrecht von der Gewalt des Kapitals erleiden mußte; aber sobald er zur Selbsthilfe griff und sich wehrte, einschritt, um ihm die Hände zu fesseln.

Von den Arbeitern ist der Ruf nach dieser Sozialreform nicht gekommen. Aber auch nicht vom Kapital, das zwar für ein Streikverbot zu haben wäre, aber nicht für die Festsetzung der Löhne durch Schiedsrichter; es will völlig Herr im Hause bleiben und rechnet darauf, mit den Streiks noch anders fertig zu werden. Woher die obligatorischen Schiedsgerichte kommen, erhält am besten aus folgender Darlegung ihrer Grundgedanken seitens eines der eifrigsten Apostel dieses Friedenselziers, Mr. Edward Tregear, dem früheren Arbeitsminister von Neuseeland.

Das verpflichtete Schiedsgerichtsverfahren bedeutet, daß eine dritte Partei, die Gemeinschaft, in das industrielle Leben hervortritt. Wir, das Publikum, sagen zu Unternehmern und Arbeitern: Ihr dürft uns nicht länger mit euren endlosen kleinen Streitigkeiten und Störungen ärgern und schädigen. Eure Streiks und Aussperrungen, euer Postenstreiken und Boykotts taufen die Sicherheit und Wohlfahrt von Tausenden von Menschen an, die mit dem Streik selber nichts zu tun haben. Daher soll ihr die Streitigkeiten vor ein unparteiisches Schiedsgericht bringen und solange unter den alten Bedingungen weiterarbeiten, bis die neuen festgelegt sind. Wenn unsere Richter befähigt sind, über Millionen an Wert zu entscheiden, wenn sie in unsere intimsten Beziehungen eindringen, wenn in Kriminalfällen Leben und Freiheit in ihrer Hand liegt, dann sind sie auch außer befähigt, zu entscheiden, ob der Tagelohn eines Zimmerers oder Maurers um eine Mark erhöht werden soll. Jedemfalls haben wir nicht, daß ihr, zu unserm Schaden, euren Streik durch Ausschreitungen entzündet. Unser Gemeininteresse ist wichtiger als irgendein individuelles Interesse, und das Individuum hat der Gemeinschaft zu gehören.

Ein Publikum als dritte Partei, wie Herr Tregear es darlegt, findet sich nur dort, wo eine dritte Klasse neben Kapitalisten und Lohnarbeitern besteht und das gesellschaftliche Leben beherrscht — das Kleinbürgertum. Das Kleinbürgertum haßt und fürchtet den Klassenkampf. Es empört sich über den brutalen Herrschaftsanspruch der Kapitalisten wie über die schlechte Behandlung der Arbeiter, um so mehr, als es selbst unter der Konkurrenz dieser Kapitalisten zu leiden hat; aber noch mehr empört es sich über die Selbsthilfe, über den trotigen Kampf der Arbeiter. Das Kleinbürgertum ist die Klasse, die die Streiks zu den Uebeln rechnet, denen durch Reformen abgeholfen werden soll. Es will den sozialen Frieden, es will nach beiden Seiten den Vermittler spielen, und sein Organ ist dabei die demokratische Staatsregierung.

Nur in unentwickelten Kleinbürgerlichen Ländern kann die Praxis des Schiedsgerichtsverfahrens aus der Theorie der dritten Partei emporkommen. Australien und Neuseeland, die jungen Kolonialländer, bilden ihre Heimat, während der Versuch Mittelrands, sie in das kleinbürgerliche Frankreich zu verpflanzen, an dem energischen Widerstand der Arbeiter scheiterte.

Der Arbeiterschaft bringt das verpflichtete Schiedsgericht nur Nachteile. Schon das Verfahren an sich hat für den Arbeiter etwas unsagbar Herabwürdigendes. Ein Schiedsrichter, ein Bürgermeister oder sonstiger hoher Herr, der täglich 100 Mark zu verzehren hat, stellt fest, daß ein Arbeiter mit 20 Mark pro Woche auskommen kann und keine 21 Mark braucht. Er rechnet die notwendigen Ausgaben zusammen, soviel für Brot, soviel für Kartoffeln, soviel für Margarine; er beurteilt, ob und wieviel Zigarren oder Bier dem Arbeiter zukommen. Jeder Wunsch, jeder Anspruch, über die sonst ein Mensch selbst verfügt, muß der Arbeiter vor dem gestrengen Herrn verteidigen oder ihm abstellen. Seine Nation notwendiger Lebensmittel wird ihm zugemessen wie einem Zuchthäusler. Das ist die Praxis der Lohnfestsetzung durch Schiedsrichter. Sie widerspricht aber auch völlig der Natur des Lohns. Der Wert der Arbeitskraft, die Frage, wieviel zum Leben notwendig ist, kann nur vom Arbeiter selbst beurteilt werden, seine Ansprüche steigen mit seinen kulturellen Bedürfnissen, und die Kraft, womit diese Söhnung nach besseren Lebensverhältnissen und mehr Kultur sich in ihm als Energie, sie zu erkämpfen, durchsetzt, bestimmt, wieviel er davon verwirklichen kann. Wird ihm der Kampf abgeschnitten, so bedeutet das die Dummung jedes Aufstiegs zu einer höheren Stufe; es bedeutet, die Lage des fortschrittlichen Arbeiters gewaltig festzuhalten.

Scheinbar mag ein Vorteil darin stecken, daß man mitunter kampflöse Vorteile bekommt. Aber dieser Vorteil ist in Wirklichkeit ein Nachteil. Das Friedenselziers ist für das Proletariat läßendes Gift. Nur der Kampf schafft die Vorbedingung bleibender und weiterer Errungenschaften. Ist kein Kampf nötig; entscheidet „das Recht“ und nicht die Macht, so fehlt aller Anlaß, die proletarische Macht zu stärken. Dann verkümmern die gewerkschaftlichen Organisationen, schwinden Disziplin und Solidarität dahin, dann bleiben die Arbeiter beschränkte, machtlose Eingänger. Aber durch die kleinbürgerliche demokratische Illusion läßt sich die Wahrheit, daß die Macht über das Verhältnis der Klassen und ihr Recht gebietet, nicht beiseite schieben. Je machtloser die Arbeiter bleiben, um so ungünstiger werden die Gerichtsentscheidungen für sie, um so weniger können sie auch die notwendigen Lohnhöhungen durchsetzen, um so mehr wirkt das Schiedsgerichtsverfahren als ein einfaches reaktionäres Streikverbot. Die bürgerliche Utopie wird immer mehr zu einer Waffe des Kapitals gegen die Arbeit. Das zeigte sich in dem letzten Jahrzehnt in Australien immer deutlicher. In dem Maße, wie sich dort der junge Kapitalismus weiter entwickelt, brechen überall Streiks aus, trotz des Schiedsgerichtsgesetzes, das sie mit Geldstrafen ahndet, und die Beseitigung dieses Gesetzes,

das sich immer mehr als eine unhaltbare Zinfflerei erweist, ist nur noch eine Frage der Zeit.

Und jetzt, nachdem diese primitive Utopie in ihrem Heimatland durch die erst beginnende kapitalistische Entwicklung selbst Schiffbruch gelitten hat, jetzt kommen die Herren Sozialreformer in dem Lande des höchst entwickelten Kapitalismus damit, wo die schärfsten Klassenkämpfe toben. Wissen sie nicht, daß ein obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren sich nur unter Zustimmung der Arbeiter durchführen läßt? Oder glauben sie, das kampftroßige deutsche Proletariat einfeisen zu können? In einem Lande, wo die Masse der Bevölkerung aus Lohnarbeitern besteht, fehlt die dritte Partei, das unbeteiligte Publikum; da fehlt die Klasse, die dem Kapitalinteresse so frei gegenübersteht, daß sie auch unparteiische Schiedsrichter stellen könnte. Es könnte ein solches Gesetz daher nur als Streikverbot wirken, als ein Mittel, nicht die Arbeiterkämpfe zu verhindern, sondern sie mit der ganzen Gewalt des Staates zu unterdrücken und zu bestrafen.

Die Herren kommen fünfzig oder hundert Jahre zu spät mit ihrer Anregung. Man kann sie deshalb nur als Anzeichen dafür ansehen, wie furchtbar die Entwicklung des Kapitalismus den Intellekt seiner geistigen Leuchten angetastet hat, nur als einen Ausfluß von Altersschwäche der bürgerlichen Sozialreform. Oder — vielleicht ist es auch anders. Vielleicht soll der Blödsinn nur als Deckmantel reaktionärer Ziele dienen. Es ist möglich, daß die Reaktion nur unter dieser scheinbar harmlosen Form eines Schiedsgerichtsgesetzes den Arbeitern die mächtige Waffe des Streiks nehmen zu können glaubt. Aber auch dann gibt sie sich einem eiteln Wahn hin. Auch unter diesem Narrenkleid wird das Proletariat jeden Anschlag auf sein wichtiges Kampfrecht zu erkennen und abzuwehren wissen.

Was will die Gewerkschaft?

Die gewerkschaftliche Organisation bezweckt die Befreiung aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit. Die gewerkschaftliche Organisation verkürzt die Arbeitszeit und verlängert das Leben. Die gewerkschaftliche Organisation steigert die Löhne und vermindert den Hunger. Die gewerkschaftliche Organisation fördert die Aufklärung und kämpft gegen die Finsternis. Die gewerkschaftliche Organisation entwickelt die Mannhaftigkeit und stellt das Schicksal in die eigenen Hände. Die gewerkschaftliche Organisation stärkt die Brüderlichkeit und erzieht das Zielbewußtsein. Die gewerkschaftliche Organisation verbreitet die Solidarität und vertreibt den Egoismus. Die gewerkschaftliche Organisation strebt nach Recht und schafft das Unrecht ab. Darum sollen alle Arbeiter organisiert sein! Das will die Gewerkschaft!

Wer das will, der stehe zu seiner Organisation in Freund und Leid!

Wie steht im Baugewerbe die Konjunktur?

Wie im Frühjahr 1911, jetzt auch diesmal die Bautätigkeit in verschiedenen Teilen Deutschlands noch recht zögernd ein. Bei der großen Bedeutung, die der Verlauf der Baukonjunktur für zahlreiche andere Gewerbezweige hat, ist die nachteilige Wirkung dieser flauen Bautätigkeit auf die allgemeine Wirtschaftslage nicht zu unterschätzen. Vor allem macht sich in verschiedenen größeren Städten am Arbeitsmarkt der Bauarbeiter und der ungelerten Arbeiter ein auffallendes Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bemerkbar. Verschärft wird die Situation noch dadurch, daß infolge der teilweise recht geringen Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft das Angebot am Markt der ungelerten Arbeiter noch durch bedeutenden Zugang vom platten Lande verstärkt wird. Die Ursachen der Mangelheit im Baugewerbe sind recht verschiedener Natur. Es ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß durch die ungewöhnlich lange Dauer der Baujahre im Vorjahre ein erheblicher Teil der diesjährigen Arbeitsgelegenheit vorweggenommen ist. Ferner wirkt die noch immer ziemlich bedeutende Anspannung des Geldmarktes, insbesondere aber die große Schwierigkeit der Beschaffung von Hypotheken und Baugeldern hemmend auf die Bauleistung ein. Schließlich mag auch die für die Verbraucher nicht gerade günstige Lage des Baumaterialienmarktes etwas zur Abminderung der Baukonjunktur beigetragen haben. Gerade in den letzten Monaten sind die Preise für Ziegel, Zement, Gips usw. ziemlich stark in die Höhe gegangen. Ein Teil der Konjunktur und Händler hatte sich zwar noch zu den früheren niedrigen Preisen eingedeckt, doch haben die Bestände mit Beginn der diesjährigen Saison rasch abgenommen, so daß die Nachfrage am Baumaterialienmarkt ziemlich rege war. Die Preise für die wichtigsten Baumaterialien stellten sich in der zweiten Hälfte des Monats April 1909 bis 1912 nach den Berliner Marktnotierungen auf:

| | 1909 | 1910 | 1911 | 1912 |
|-----------------------------------|-----------|-------------|-------------|-------------|
| Hintermauerungssteine pro Tausend | 23-25 | 23.50-24.00 | 18.50-20.50 | 21.25-22.00 |
| Rathenower Dachsteine pro Tausend | 32-36 | 30-38 | 30-38 | 33-42 |
| Zement für 170 kg | 5.75 | 5.00 | 4.00 | 5.70-6.00 |
| Pug-Gips für 75 kg | 1.70-2.00 | 1.65-1.90 | 1.60-1.80 | 1.60-1.80 |

Besonders ungünstig lautet die Nachrichten vom Berliner Arbeitsmarkt. Während im Tiefbau rege Tätigkeit herrscht, leidet der Geschäftsgang im Hochbau unter den ungünstigen Verhältnissen am Berliner Hypotheken- und Grundstücksmarkt. In Rheinland-Westfalen war vom März auf April 1912 teilweise ein erheblicher Rückgang zu beobachten. In Süddeutschland war die Konjunktur im Baugewerbe zum Teil recht unbefriedigend. So war in München, Nürnberg, Ludwigschafen a. Rh. usw. die Nachfrage nach Mauern und anderen Bauarbeitern äußerst gering. In Stuttgart ist der Andrang von 136,65 im März auf 115,28 im April zurückgegangen. Von den norddeutschen Städten weist Kiel mit 158,23 noch immer eine relativ hohe Andrangsziffer auf. In Hannover und Magdeburg war die Bautätigkeit bisher ziemlich rege.

Was die Steinindustrie anbelangt, so sei betont, daß Sandsteine zurzeit wenig verlangt werden. Besonders in der Sandsteinindustrie mangelt es an Aufträgen. Dagegen herrscht in der Hartsteinindustrie, soweit die Lieferungen von Straßenbaumaterialien in Frage kommen, Hochkonjunktur.

Korrespondenzen.

Bunzlau. Am 22. Mai tagte im Gasthof zur Hoffnung eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer Heiniger die Abrechnung vom 1. Quartal bekannt. Die Einnahme inkl. Kassenbestand betrug 2422.29 Mk., die Ausgabe 1030.30 Mk., bleibt somit ein Kassenbestand von 1391.99 Mk. Die Abrechnung wurde durch Befragung der Revisoren für richtig befunden. Zum 2. Punkt gab Kollege Richter Bericht vom Verbandstag. Die darauffolgende Aussprache zeigte, daß so mancher mit dem Resultat der Verhandlungen nicht ganz zufrieden war. Besonders scharf kritisiert wurde die Nichtbewilligung der bei der Lohnbewegung im Jahre 1910 entstandenen Fuhrkosten im hiesigen Distrikt. Hierauf gab Kollege Fritz Scholz den Kartell-

bericht. Da sich die Wahl eines Revisors nötig machte, wurde folgende Wahl als solcher gewählt. Im Verhiebenden wurde zunächst über die auf dem hiesigen Werkplatz der Firma Zeidler u. Wimgel herrschenden Mißstände debattiert und der Obmann des Distrikts beauftragt, in aller Kürze eine Delegiertenversammlung einzuberufen, welche die nötigen Schritte zu beraten hat. Auch soll ein Mitglied des Zentralvorstands hinzugezogen werden. Zum Schluß wurde noch das Verhalten dreier Kollegen bei der Firma Anders einer scharfen Kritik unterzogen. Selbige haben trotz des Beschlusses der Zahlstelle, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, an diesem Tage gearbeitet.

Demitz-Thumitz. Am 22. Mai fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht vom Verbandstag; 2. Verschiedenes. Zum 1. Punkt erstattete P. Beyer Bericht. In seinen längeren Ausführungen berührte er die wichtigsten Ereignisse des Verbandstags. Die Referate der einzelnen Redner, den gegenwärtigen Stand und die künftigen Veränderungen unserer Organisation. Er streifte ferner die Angelegenheiten, mit denen sich unsere Organisation in Zukunft zu befassen hat. Als besonders erfreulich hob er die rapide Entwicklung unseres Verbands in den letzten zwei Jahren hervor, die 10 000 neuen Mitglieder sind ein Beweis dafür, daß der Nutzen und Wert der Organisation immer mehr erkannt wird. Seine trefflichen Ausführungen schloß er dahin zusammen, daß die Beschlüsse des letzten Verbandstags wieder wesentlich dazu beitragen werden, unsere Organisation weiter auszubauen. Die sich hieran anschließende Debatte zeigte, daß man die Haltung unserer Delegierten bei den verschiedensten Fragen billigte. Unter Punkt Verschiedenes wurden Gegenmaßnahmen wider die von den hiesigen Unternehmern eingeführte Sperre erörtert. Hieran schlossen sich Betrachtungen über einen Artikelsschreiber, der in einer hiesigen Zeitung die Verhältnisse der Steinarbeiter skizzierte. Eingehend wird ferner berichtet über das Projekt unserer Zahlstelle, den Bau eines Eigenhauses. Die Kollegen sind einig darin, daß die Verhältnisse unter Zahlstelle es erfordern, in dieser Richtung baldigst an die Verwirklichung heranzugehen. Der Vorstand hat betreffs des Eigenhauses dahingehend beschlossen, daß es sechs Familien mit dem Bureau für unsere Zahlstelle herbergen soll. Die angestellten Berechnungen über die Rentabilität sind ebenfalls günstig ausgefallen. Nachdem die verschiedensten Meinungen zum Ausdruck gekommen waren, erfolgte die Zustimmung mit großer Majorität. Hieran schloß sich noch die Wahl einer Hauskommission.

Fürstentum (Niederbayern). Am 19. Mai sollte hier eine allseitig einberufene Steinarbeiterversammlung abgehalten werden. Den Schwarzen, welche auf ihre Fahne die Worte „Freiheit und Recht“ geprägt haben, ist es in letzter Stunde noch gelungen, uns das Lokal abzutreiben. Am gleichen Tage wollte Herr Bezirksleiter Rehner vom christlichen Keramik- und Steinarbeiterverband eine Versammlung abhalten und den Arbeitern von hier über den von ihnen errichteten Lohnzettel im Bayerischen Wald Bericht erstatten. Durch ihre schamlose Agitation ist es ihnen jedoch gelungen, daß ganze „zwei“ Mann zur Versammlung erschienen sind. Herr Rehner konnte somit seine Weisheit wieder mit nach Hause nehmen. Wie die Agitation von den Christlichen betrieben wird, kann man daraus erkennen, daß Herr Rehner bei einer früheren Versammlung einen kranken Kollegen, welcher sich den Seelsorger aus Krankenbett kommen ließ, mit in die Debatte zog. Wie die christliche Organisation von den Unternehmern eingeschätzt ist, läßt sich daraus erkennen, daß ein kleiner Unternehmer sagte: „Die Arbeiter sollen sich organisieren, aber — christlich.“ Unsere Aufgabe muß es sein, alle Steinarbeiter dahin aufzuklären, daß ihre Interessen nur von Berufscollegen vertreten werden können, doch nicht von einem Schneider, Sattlergesellen usw. Die Zentrumsgewerkschaftler haben bei uns ausgespielt, kein Kollege will von dieser Sorte Steinarbeiter etwas wissen.

Kesselbach. Am 19. Mai fand in Odenhausen unsere Versammlung statt. Der Besuch hätte besser sein können; zumal unser Verstreben durch den erstmaligen Abschluß eines Tarifs von Erfolg gekrönt ist. Der Kollege E. Maus aus Bremen erstattete den Bericht vom Verbandstag in München. Maus gab auch seiner Freude Ausdruck, daß endlich die Einigkeit der Kollegen es so weit gebracht hat, in seiner Heimat ein tariflich geregeltes Arbeitsverhältnis mit den Unternehmern und Kollegen zu erzielen. Der neue Tarif wurde vom Vorsitzenden verlesen und die Wahl einer Schlichtungskommission beschlossen. Mehrere unorganisierte Kollegen ließen sich aufnehmen.

Kürnbach. Am Sonntag, den 19. Mai, fand in Kürnbach im Gasthaus zum Löwen eine außerordentliche Bezirksversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bestrebungen, Ziele und Leistungen der Gewerkschaftsbewegung; 2. Diskussion. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Bezirksvertrauensmann Kollege Köhler, Kürnbach, dem verstorbenen Kollegen R. Brand einen warmen Nachruf. Kollege Brand hat die Organisation in unserem Gebiet im Jahre 1907 mitgegründet, er war in den ersten Jahren der Vorsitzende der Zahlstelle Kürnbach; seiner Energie und seiner rastlosen Tätigkeit ist es mit zu danken, daß sich in diesem Teil des Bezirks der Verband von Anfang an so stabil gehalten hat. Ohne seinem Andenken. Zu Punkt 1 der Tagesordnung referierte Kollege R. Daubenthaler, Striegau, in eingehender Weise dabei die Verhältnisse seiner alten Heimat (unser Gebiet) und seiner neuen Heimat in Schlesien schildernd. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine vortrefflichen Ausführungen. Zu Punkt 2 wurde über die Verschmelzungsfrage der drei Zahlstellen Kürnbach, Derbingen und Sternensfeld diskutiert; von einer Anzahl Kollegen wurden Bedenken dagegen erhoben. Kollege Daubenthaler bezeichnete diese Einwände als Richtungsirrtum. Wir wollen an dieser Stelle den Wunsch und die Hoffnung aussprechen, daß über diesen Punkt in Zukunft sachlicher debattiert wird und daß es recht bald zur Verschmelzung kommen möge.

Leipzig. Am 22. Mai fand im Volkshaus unsere Monatsversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, sich zu Ehren des verstorbenen Kollegen August Hesse von ihren Plätzen zu erheben. Hierauf berichtete der Vorsitzende Risse über die Verhandlungen des 5. Verbandstags in München. Zu erwähnen wäre hieraus, daß als Haupteinrichtung im Verband zur Unterstützung des Zentralvorstands ein Beirat von 15 Mann aus Mitgliederkreisen beauftragt wurde und demnach zu wählen ist. Die Zentralvorstandsmitglieder hatten alle ihre Pflicht getan, wenn sie auch verschiedene Klagen einbringen mußten. Der Hauptkinder war aber auch dort, wie fast in jeder Zahlstelle, der Vorsitzende, wiewohl er doch nur die leitende Person des Ganzen ist. Das Tarifwesen hat sich in den letzten zwei Jahren bedeutend erhöht, mithin verschwindet das sogenannte wilde Affordsystem immer mehr. Die Zusammenfassung des Verbandstags erregte auf verschiedenen Seiten Mißstimmung (!), indem vorwiegend die Delegierten aus den Granitgebieten vertrieben waren. Die Sandsteineken fühlen sich dadurch in den Hintergrund gestellt, wiewohl sie doch der eigentliche Grundstock zur Organisation waren. Heiterkeit erregte die so schnell erledigte Gehalts-erhöhung der Beamten. Kollege Staudinger nahm auch das Wort und versuchte die Kollegen (hauptsächlich die Sandsteineken) zu beruhigen, aber trotzdem hielt die Ansicht an, daß die Sandsteineken zurückgesetzt werden. Im 2. Punkt, Künftigeitarif betreffend, wurde folgender Antrag angenommen: Der Stundenlohn beträgt bis 15. Mai 1913 88 Pfg., von da bis 15. Mai 1914 90 Pfg. pro Stunde, die Woche ist mit 48 Stunden auszubefallen. Der Vorsitzende wird beauftragt, sofort die Sache zum Abschluß zu bringen. Bei der Wahl von zwei Zentralauschmittgliedern wählte Kollege Kampfrad mit 51 Stimmen, Kollege Holzweilig mit 42 Stimmen gewählt. Unter Gewerkschaftlichem gibt der Kassierer Witzner einen speziellen Bericht über besondere Ausgaben vom letzten Quartal, was in der vorhergehenden Versammlung genehmigt worden war. Weiter gibt der Vorsitzende Bericht über die stattgefundene Schiedsgerichtslegung in Dresden. Der Vorsitzende wird beauftragt, Protest zu erheben über die ungleichenmäßige Zusammenfassung des Schiedsgerichts. Indem in demselben die Weitzer stärker vertreten waren wie die Gehilfen. Schon bei gleichmäßiger

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Einführung eines obligatorischen Arbeitsnachweises für Groß-Berlin?

Raum ist die Arbeitslosenversicherung in unser örtliches Unterstützungswesen aufgenommen, als auch schon eine neue, ebenfalls auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung liegende Frage in den Brennpunkt unseres Organisationslebens gerückt ist. Das Solidaritätsgefühl, das soeben erst eine nicht unerhebliche Belastung erfahren hat, soll einen weiteren Beweis seiner Stärke abgeben. Dabei ist die Frage nicht neu. Sie wurde bereits vor 6 Jahren von der damaligen Filiale I reichlich erörtert und fand ihren einstweiligen Abschluß in der Aufstellung der Forderung eines paritätischen Arbeitsnachweises. Inzwischen ist die Frage nicht zur Ruhe gekommen, auch nicht, nachdem das so genannte „Verhältnis“ der beiden Filialen I und II zu einer äußerst glücklichen Ehe geführt hat. (Kleine Differenzen kommen in der feinsten Familie vor.) Im Herbst 1909 wurde die Forderung gemeinsam wiederholt mit dem Erfolge, daß sich die Innung bereit erklärte, mit dem Gesellenauschuß zu verhandeln. Unser Verband als solcher sollte also bei den Verhandlungen ausgeglichen sein. Ihn als gleichberechtigten Faktor zur Anerkennung zu bringen, bedurfte es noch einiger Zeit und mancher kräftiger Vorstöße. Einem solchen ist es denn auch gelungen, daß die Angelegenheit im vergangenen Herbst erneut ins Rollen gebracht wurde, und nach den vorausgegangenen Verhandlungen der beiderseitigen Organisationsvertreter hat nunmehr die Kollegenschaft das Wort zur eventuellen Verwirklichung ihrer Forderung.

Natürlich darf das Solidaritätsgefühl nicht allein ausschlaggebend sein, sondern in noch erhöhter Weise muß Vorlicht und Klugheit, sowie die auf der Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse beruhende Einsicht und Urteilsfähigkeit walten, um uns davor zu bewahren, Vorteilen nachzugehen, die ungleich schwerere Nachteile im Gefolge haben können.

Während das Eingehen eines Vertrags unter Freunden und Gleichen nur auf dem gegenseitigen Vertrauen zu beruhen braucht, gehört zum Paktieren mit einem Gegner, außer dem bis zu einem gewissen Grade notwendigen Vertrauen, vor allem das Bewußtsein der eignen Stärke, um über der Einhaltung des beabsichtigten Vertragsverhältnisses zu wachen und die Schläue, einmalge Uebervorteilungsgelüste des Gegners zu durchschauen und unwirksam zu machen.

Die eingangs erwähnte Arbeitslosenversicherung, die zu ihrer Ergänzung eines regelrechten Arbeitsnachweises bedarf, wäre so ein Vertrag unter Gleichen, während eine gemeinsame Arbeitsvermittlung einen Pakt mit dem Gegner darstellt. Gemeint ist selbstverständlich die natürliche Gegnerschaft, der unüberbrückbare Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit; erkennen mit der Tendenz sich in den Besitz des mit seiner Arbeitskraft verwachsenen Menschen zu setzen, letztere sich von dieser Abhängigkeit zu befreien.

Es ist nicht leicht zu entscheiden, auf welcher Seite der größere Vorteil einer gemeinsamen Arbeitsvermittlung liegt. Doch darauf kommt es auch gar nicht an. Entscheidend kann nur die Hauptfrage sein: Ist der angestrebte Zustand besser als der gegenwärtige? und die Unterfrage: Wird unser organisatorischer Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht geschwächt?

Der gegenwärtige Zustand beruht auf der Willkür der Arbeitgeber und der Willkür der Arbeiter. Selbst den besten Willen auf Arbeitgeberseite und die größten Fähigkeiten auf Arbeitnehmerseite vorausgesetzt, andererseits aber nur der Willkür der Willkür gegenüber, der die Verhältnisse bei der Befolgung offener Stellen. Treten Mißgunst und Bosheit der die Arbeit vergebenden Personen hinzu, so ist nicht selten die teilweise oder völlige Aufgabe einer menschenwürdigen Existenz des Arbeitenden die Folge. Daß unter solchen Umständen auch das Arbeitsfeld nicht gedeihen kann, ist selbstverständlich. Die Befestigung der Willkür ist also die Vorbedingung jeglicher Wohlfahrt. (Nicht zu verwechseln mit „Wohltätigkeit“.)

Läßt sich die Willkür unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem überhaupt beseitigen? — Nein. Sie ist ja der Lebensnerv desselben. Aber jedes Stückchen Mißbestimmungsrecht, welches wir dem Kapitalismus abringen, bedeutet einen Schritt weiter zu seiner Überwindung.

Freilich, betrachten wir das Verhältnis des im günstigsten Falle Erreichbaren zu dem Produktionsprozess überhaupt, so erscheint es bitter wenig. Bedingt das Los der Reservearmee wird auf diese Weise verbessert, indem die arbeitslosen Zeiten möglichst gleichmäßig auf alle Arbeitslosen verteilt werden. Doch das ist ja nur der Anfang, der direkte, sichtbare Erfolg. — „Hüte dich vor dem Anfang“ (prinzipiell abgelehnt) sagt ein Sprichwort. Und daher ist auch die langjährige Gegnerschaft der Unternehmer einem gemeinsam geführten Arbeitsnachweis gegenüber nur zu begreiflich. Bedeutet er doch ein Stück Preisgabe ihres angestrebten Vorrechts. Und was wird uns denn hindern, auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten? Die Arbeitslosenversicherung erfordert gebieterisch weitere Maßnahmen. Der eigens auf diesen Zweck gerichtete Teil des Solidaritätsgebührens wird nicht im Kreise der Arbeitslosen halt machen, er wird auf die Arbeitenden überspringen, er wird die Regelung der zur gesamten Produktion notwendigen Arbeitszeit

beschleunigen und die schon jetzt tariflich geregelten Arbeitszeiten

solange verkürzen, bis jedem das Recht auf Arbeit gewährleistet ist. In der am 23. Mai stattgefundenen Versammlung traten kleinere Momente in den Vordergrund, was allerdings darauf zurückzuführen war, daß die Generaldebatte bereits in vorhergehenden Sektionsversammlungen gepflogen war. Die bei Behandlung der Arbeitslosenunterstützung, spielten die „Branchengegenstände“ eine große Rolle. Die Arbeitslosigkeit ist in der Marmorbranche nicht ganz so verbreitet, wie in der Sandsteinindustrie. Infolgedessen kommen die traurigen Begleiterscheinungen in ihr nicht in so großer Fülle zum Ausdruck. (Der einzelne arbeitslose Marmorarbeiter leidet natürlich genau so wie sein Kollege aus der Sandsteinbranche. Im Gegenteil, der niedrigere Lohn, der in der Marmorbranche mit einigen Ausnahmen üblich ist, läßt das Los des arbeitslosen Marmorarbeiters nicht selten noch viel bedauerlicher werden, da ihm die Möglichkeit, bei den sonst gleichen Existenzbedingungen zu sparen, sehr beschränkt ist.) Die im allgemeinen günstigeren, ständigeren Geschäftslage hat in der Kollegenschaft der Marmorbranche ein größeres Unabhängigkeitsgefühl erhalten, welches sie zu verlieren fürchten, wenn an Stelle „des freien Spiels der Kräfte“ eine geschwächte Regulierung tritt. Sie sind daher in ihrer Mehrheit prinzipielle Gegner eines paritätischen Arbeitsnachweises. Die von ihnen vorgeschlagenen Verbesserungsanträge hatten den ausgesprochenen Zweck, nicht nur die Vorlage, sondern die ganze Frage zu begraben. — Ungefehlte Zustimmung erhielt die Vorlage übrigens von keiner Seite. Freunde des Arbeitsnachweises gaben sich die größte Mühe, dieselbe durch Verbesserungsanträge annehmbarer zu gestalten. Ob die prinzipiellen Gegner hierdurch befriedigt werden, bleibt abzuwarten.

Die Versammlung mußte wegen der vorgerückten Zeit vertagt werden und findet am Mittwoch, den 5. Juni, ihre Fortsetzung statt. (Siehe Inserat in dieser Nummer.) Hoffentlich hat sich bis dahin der Gedanke durchgesetzt, daß nicht angebliche besondere Brancheninteressen ausschlaggebend sein können bei der Beurteilung einer so weitgehenden Frage, wie der der Arbeitsvermittlung bei der Arbeitsvermittlung, sondern die Interessen der Allgemeinheit.

E. W.

Erstmaliger Tarifabschluß in einem großen Pflastersteinbetriebe.

Je weiter wir in organisatorischer Beziehung in die Pflastersteinindustrie eindringen, desto größer sind auch unsere Erfolge auf tariflichem Gebiete. — In Schlesien herrscht eine starke Pflastersteinindustrie, so in Strehlen, Ströbel, Striegau, Groß-Köfen, Zichowitz, Kallhaus und Umgebung. Und soeben ist uns gelungen, in Kallhaus mit der Firma Schall (Stz Breslau) einen umfangreichen Tarif mit 2½-jähriger Gültigkeitsdauer „erstmalig“ zum Abschluß bringen zu können. Wir können somit heurigen Jahres mit dieser Firma schon den 2. Abschluß buchen; im März kam in Strehlen mit Herrn Schall ein solcher zustande, welcher für etwa 700 Pflastersteinmacher Gültigkeit hat. In der Nähe des Steinbruchs Kallhaus betreibt die Provinz Posen ebenfalls einen Pflastersteinbruch, mit einer Belegschaft von ca. 150 Mann. Auch mit diesem Werke stehen wir zurzeit in Tarifverhandlungen. Die Vorlage bei Schall selbst wurde vor einigen Wochen eingereicht, und es fanden auch sofort Verhandlungen statt. Daß der Tarif nicht in einer Sitzung erledigt werden konnte, ist ohne weiteres klar. Bemerkenswert ist, daß arbeitgeberseitig in den Verhandlungen ebenfalls Vertreter des städtischen Gewerkschafts teilnahmen. Dadurch, daß bisher zwei Organisationen in Frage kamen, war der Einfluß der Arbeiter auf die Firma nicht allzu groß. Aber kaum war in Strehlen abgeschlossen, so waren sich die Kollegen in Kallhaus bewußt, daß sie nun ungehindert in geschlossener Weise ihre Forderungen geltend machen müssen. In der ersten Verhandlung nahm von der Verhandlungsleitung Kollege A. Staudinger teil, und es gelang damals, die Grundpreise wesentlich hinaufsetzen zu können.

Der Tarif berücksichtigt in seinem Aufbau 4 Stufen, das heißt, es werden die verschiedenen Gefestigungsstufen berücksichtigt. Es ist für den Arbeiter durchaus nicht egal, in welcher Lage er seine Tätigkeit ausübt, und deshalb muß in einer minder guten Lage ein höherer Preis bezahlt werden. Uns erscheint dieses System sehr nachahmenswert, weil dem Arbeiter gegenüber seiner Leistung ein gerechterer Ausgleich zuteil wird. Aus dem Tarif selbst haben wir folgende Positionen hervorgehoben:

Die Allförlöhne für Pflastersteine usw. werden wie folgt festgesetzt, und es wird für die ordnungsmäßig ausgeführte Arbeit bezahlt:

Pos. 1. I. An Belegsteine,
welche Pflastersteine pagen (boffieren), im ersten Jahre ihrer Beschäftigung:
für III. Klasse und 1. Sorte, pro qm 20 Pfg. mehr, und für Kleinpflastersteine 1. Sorte pro 100 Stück 10 Pfg. mehr wie bei den für Boßfieren (Pagen) angegebenen allgemeinen Tariffätzen.

II. An Boßfieren (Pagen).
Pos. 2. Pflastersteine, III. Klasse, pro qm 1.50 Mk.
Pos. 3. Pflastersteine, 1. Sorte „ „ „ 1.50 „
Pos. 4. Pflastersteine, 2. Sorte „ „ „ 0.70 „
Pos. 5. Kleinpflastersteine, 1. Sorte „ „ „ 0.76 „
Pos. 6. Kleinpflastersteine, 2. Sorte „ „ „ 0.35 „
Die Position 5 wird ab 1. Januar 1913 um 1 Pfg. auf 77 Pfg. erhöht und alsdann nach Ablauf eines weiteren Jahres um einen weiteren Pfennig.

III. An Brecher im Hauptbruch.
Pos. 7. Rohe Bruchsteine zu Pflastersteinen:
a) für Großpflastersteine (in der Regel 4 Stück zusammen), pro Pflasterstein:
I. Stufe „ „ „ 4.3 Pfg.
II. „ „ „ 4.8 „
III. „ „ „ 5.6 „
b) für Kleinpflastersteine (in der Regel 16 Stück zusammen), pro Pflastersteinblock = 8 Stück rohe Kleinpflastersteine:
I. Stufe „ „ „ 5 Pfg.
II. „ „ „ 5.9 „
III. „ „ „ 7 „

Für von den Brechern fix und fertig hergestellte Pflastersteine usw. (also ohne Teilung an die Boßfieren) erhalten die Brecher:

| | Stufe | | | |
|--|-------|------|------|------|
| | I | II | III | IV |
| Pos. | Stk. | Stk. | Stk. | Stk. |
| Pos. 8. Pflastersteine, III. Klasse, pro qm | 2.40 | 2.80 | 2.90 | 3.15 |
| Pos. 9. Pflastersteine, 1. Sorte „ „ „ | 2.80 | 2.50 | 2.60 | 3.05 |
| Pos. 10. Pflastersteine, 2. Sorte „ „ „ | 1.60 | 1.80 | 1.95 | 2.15 |
| Pos. 11. Pflastersteine, Sorte 4a „ „ „ | 4.15 | 4.05 | 5.20 | 5.65 |
| Pos. 12. Kleinpflastersteine „ „ „ | 2.35 | 2.65 | 3.15 | 3.65 |
| Pos. 13. Kleinpflastersteine, 1. Sorte, 9/11 cm □ „ „ „ | 1.27 | 1.46 | 1.58 | 1.66 |
| Pos. 14. Kleinpflastersteine, 2. Sorte, pro 100 Stück | 0.56 | 0.58 | 0.62 | 0.63 |
| Pos. 15. Roh boßferte Bruchsteine, 30/35 cm hoch, 12 cm stark „ „ „ | 0.58 | 0.55 | 0.65 | 0.65 |
| Pos. 16. Roh gespaltene Bruchsteine, 25/30 cm hoch, 10/12 cm stark „ „ „ | 0.30 | 0.30 | 0.35 | 0.35 |
| Pos. 17. Roh gespaltene Bruchsteine, 30/35 cm hoch, 10/12 cm stark „ „ „ | 0.35 | 0.35 | 0.40 | 0.40 |
| Pos. 18. Bruchsteine „ „ „ | 0.40 | 0.60 | 0.80 | 0.80 |

Für von denselben in den üblichen Dimensionen fix und fertig hergestellte Pflastersteine usw.:

| | Stufe | | | |
|---|-------|------|------|------|
| | I | II | III | IV |
| Pos. | Stk. | Stk. | Stk. | Stk. |
| Pos. 19. Pflastersteine, III. Klasse, pro qm | 2.40 | 2.80 | 3.10 | 3.35 |
| Pos. 20. Pflastersteine, 1. Sorte „ „ „ | 2.30 | 2.70 | 3.00 | 3.25 |
| Pos. 21. Pflastersteine, 2. Sorte „ „ „ | 1.60 | 1.80 | 2.00 | 2.25 |
| Pos. 22. Pflastersteine, Sorte 4a „ „ „ | 4.15 | 5.15 | 5.20 | 5.65 |
| Pos. 23. Kleinpflastersteine „ „ „ | 2.55 | 3.15 | 3.20 | 3.65 |
| Pos. 24. Kleinpflastersteine, 1. Sorte „ „ „ | 1.47 | 1.57 | 1.67 | 1.77 |
| Pos. 25. Kleinpflastersteine, 1. Sorte, 8/10 cm □ „ „ „ | 1.28 | 1.47 | 1.58 | 1.67 |
| Pos. 26. Kleinpflastersteine, 1. Sorte, 9/11 cm □ „ „ „ | 1.36 | 1.55 | 1.66 | 1.76 |
| Pos. 27. Kleinpflastersteine, 2. Sorte, pro 100 Stück | 0.56 | 0.58 | 0.62 | 0.63 |
| Pos. 28. Roh gespaltene Bruchsteine, pro ldm | 0.12 | 0.12 | 0.12 | 0.12 |
| Pos. 29. Bruchsteine „ „ „ | 0.40 | 0.60 | 0.80 | 0.80 |

Anmerkung: Auf dem neu abgetreten Terrain werden für Bruchsteine in der III. und IV. Stufe ebenfalls nur 60 Pfg. pro cbm gezahlt.

In sämtlichen Stufen der Positionen 13, 14, 24, 25, 26 und 27 werden die Lohnsätze ab 1. Januar 1913 um je einen Pfennig pro 100 Stück bzw. pro qm erhöht; ebenso erhöhen sich in sämtlichen Stufen bei den Positionen 11, 12, 22 und 23 die Lohnsätze ab 1. Januar 1914 um je fünf Pfennige pro cbm.

Pos. 30. Wildpflaster, aus Bruchsteinen geschlagen, pro cbm 2.30 Mk.

V. An Kleinschlager.
Pos. 31. Für aus Bruchsteinen hergestellter Kleinschlager pro Zentner 0.06 Mk.

Für die Beurteilung bezüglich korrekter und guter Ausführung der Arbeit und die event. Notwendigkeit einer Nacharbeit ist der betreffende Bruchmeister resp. Betriebsleiter maßgebend. Alle in dem Tarif nicht angeführten Arbeiten unterliegen besonderer Vereinbarung.

Der Verkehr auf den Landstraßen des römischen Reiches.

Von Albin Michel, Berlin.

Die alten Römer haben zum erstenmal ein weitverzweigtes Straßennetz angelegt. Von der Hauptstadt Rom ausgehend liefen ihre Landstraßen über die Alpen hinweg bis in die Eifel, bis nach Spanien und Schottland, bis nach Afrika und Indien. Diese Heerstraßen waren zwar meistens nicht so breit wie unsere heutigen Chaussees, aber sie ermöglichten doch einen Verkehr über weit Gebiete hinweg. Und so entstand denn auch auf den Straßen des römischen Reichs nach und nach ein Verkehr, der sowohl nach der Schnelligkeit und Sicherheit, als auch nach dem Umfang bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts fast in keinem andern Lande wieder erreicht worden war. In vielen Ländern wurden von der Römerzeit bis tief ins 18. Jahrhundert hinein überhaupt keine neuen Landstraßen angelegt und die alten römischen Straßen zerfielen, hatten den Verkehr verloren.

Bei der Ausbreitung des Verkehrs auf den Landstraßen kam den Römern auch eine Erfindung zuzuge, die sie gemacht hatten: die Erfindung des Lenkhegels am Wagen. Dadurch wurde eine weit bessere Verwendung des Wagens herbeigeführt. Bereits in Ägypten, Assyrien und Babylonien hatte es verschiedenartige Wagen und Karren gegeben, aber bei allen diesen Wagen war der Wagenkasten mit beiden Achsen unbeweglich verbunden. Mit der Erfindung des Lenkhegels wurde die Vorderachse beweglich und der Wagen konnte viel leichter dirigiert werden. Eine leichtere Verwendbarkeit des Wagens ergab sich auch daraus, daß die Römer das Pferd in viel größerem Umfange als Jünger benutzten, wie die älteren Völker. Auf den Reichstraßen der Römer entwickelte sich denn auch schon frühzeitig ein ziemlich bedeutender Verkehr. Nicht nur, daß von allen Teilen der Welt Warentransporte nach der

römischen Hauptstadt gingen, auch der lokale und provinciale Verkehr in einzelnen Teilen des römischen Reichs dürfte schon ziemlich ansehnlich gewesen sein.

Während der Kaiserzeit entstand eine regelmäßige staatliche Nachrichten- und Personenbeförderung: der cursus publicus. Das war die erste Einrichtung zur Beförderung von Personen über größere Entfernungen hinweg, die sich in der Geschichte nachweisen läßt. Jedoch wurden auf dieser römischen Staatspost in der Hauptlage nur Beamte des Reichs, Privatpersonen nur in Ausnahmefällen und nachdem eine besondere Erlaubnis eingeholt worden war. Längs der Heerstraßen waren in Abständen von ungefähr fünf geographischen Meilen Poststationen eingerichtet und zwar abwechselnd mutationes und mansiones. Die mutationes, das waren Poststationen, in denen nur die Pferde ausgetauscht wurden, in den mansiones konnten die Reisenden auch übernachten. Nach und nach wurden in den mansiones auch noch besondere Baulichkeiten angelegt, die den Kaisern und Statthaltern bei ihren Reisen als Herbergen dienten. Als schnellster Wagen des öffentlichen Verkehrs im römischen Reich war die Rheda anzusehen, ein zweirädriger Wagen, der, wenn er bedeckt war, unsern jetzigen Planwagen ähnelte, doch wurde die Rheda, der römische Postwagen, auch als offener Wagen gefahren.

Neben dem öffentlichen, dem staatlichen Postverkehr, entstand aber auch auf den römischen Landstraßen ein starker Verkehr der Privatleute. Wie sich die Großen Roms eigener Wagen bedienten, mit denen sie Reisen zu ihren Besitzungen in der Provinz machten, so entstanden namentlich an den größeren Orten Fuhrwerksunternehmungen. Diese Fuhrwerksunternehmungen wurden so zahlreich, daß sie an den einzelnen Plätzen besondere Zünfte bildeten. Da in den Städten selbst Fuhrwerke so gut wie gar nicht benutzt wurden, so können alle die Fuhrwerke, von denen und die römische Verkehrs-geschichte Kunde gibt, nur auf den Landstraßen, von Ort zu Ort und weiter darüber hinaus von Provinz zu Provinz oder von der Provinz zur Hauptstadt und umgekehrt, verwendet worden sein. An den meisten Plätzen hatten die Fuhrunternehmer ihre Gefährte vor

den Toren der Stadt aufgestellt; hier erwarteten sie Auftraggeber für nähere oder weitere Reisen und von hier aus wurde auch die Reise angetreten. Höchstwahrscheinlich durften aber die Fuhrunternehmer ihre Gefährte nur bis zu einer gewissen Entfernung vom Wohnplatz wegschicken; denn es wird berichtet, daß die privaten Reisenden bei längeren Touren da und dort neue Pferde und andre Leute mieten mußten.

Die Schnelligkeit der Reisen gab wohl unsern so viel gerühmten Schnellposten des 19. Jahrhunderts nichts nach. Auf den Staatsposten wurde, der Aufenthalt auf den Poststationen schon mit eingerechnet, in der Stunde gewöhnlich eine Meile zurückgelegt. Mit gemieteten Fuhrwerken gingen die Reisen etwas langsamer vor sich; denn hier fehlte die große ineinander greifende Organisation der staatlichen Post, die Fuhrwerke mußten öfter neu gemietet werden und vielleicht hatten die privaten Fuhrwerksbesitzer auch nicht so gutes Pferdmaterial wie die staatliche Post. Je mehr sich in der römischen Hauptstadt aller Reichthum ansammelte, je mehr sich dort all die reichen Grundbesitzer niederließen, die draußen in den Provinzen über ein Heer von Sklaven verfügten, und insbesondere je mehr sich die römischen Großen in den verschiedensten Teilen des Reichs, im Gebirge und am Meere Villen errichteten, in denen sie einen Teil des Jahres verbrachten, desto mehr mußte auch der Reiseverkehr, der Verkehr mit eignen Wagen, zunehmen. Und diese Großen Roms reisten nicht in einzelnen Gefährten, sondern ihnen fanden oft ein Duzend und noch mehr Wagen zur Verfügung. Hinter den Wagen, in denen die Familienmitglieder des Herrn saßen, kamen noch viele Wagen, in denen die verschiedensten Dinge für den Lebensbedarf verpackt waren: Kuchengefäße, mit denen die Villa auf dem Lande ausgeföhrt werden sollte, Bücher zur Erweiterung und Belehrung während des Landaufenthalts, Einrichtungen und Haushaltungsgegenstände der mannigfachen Art, Kleider, seltene Lederbissen, die auf dem Lande nicht aufzutreiben gewesen wären usw. Auch eine Schaar von Hausknechten mußte den Herrn und seine Familie auf der Reise begleiten, die Bedienten und die Sklaven, die auch Sklaven waren, die Küche, Badkammer, die

Sämtliches zur Steingewinnung und Weiterbearbeitung erforderliche Handwerkszeug aus Stahl und Eisen stellt die Arbeitgeberin unentgeltlich zur Verfügung, jedoch trägt der Arbeitnehmer die Kosten für das weitere Schärfen und die Unterhaltung des Werkzeuges anteilig in bisheriger Weise.

Mafregeln infolge Zugehörigkeit zu einer Organisation oder Lohnkommission dürfen nicht stattfinden. Im übrigen gelten für das Vertragsverhältnis außer Vorstehendem noch die in der seit 1. Juli 1910 gültigen Arbeits- und Betriebsordnung festgelegten Bestimmungen.

Bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung vorliegenden Vertrages soll eine Kommission entscheiden, welche aus drei unbeteiligten Arbeitgebern und drei unbeteiligten Arbeitnehmern besteht. Den Vorsitz in der Kommission führt einer der drei Arbeitgeber und entscheidet bei Stimmengleichheit dessen Stimme endgültig.

Wenn unsere Leser die Preise der Positionen 8 und 19 miteinander vergleichen, so wird sofort auffallen, wie verschiedenartig die Gesteinslagen ein und derselben Stufe gewertet werden. Im Vergleich mit dem in der Industrie ist die Bewertung der verschiedenen Gesteinslagen nicht berücksichtigt und gerade deshalb gestalteten sich die Verhandlungen so überaus schwierig.

Im schlesischen Gebiet haben wir somit wiederum einen ansehnlichen Erfolg errungen, der etwa 200 Kollegen zugute kommt. Die Firma Schall handelte sicher im ureigensten Interesse, daß sie sich auf tarifliche Umwandlungen einließ, denn sie hat sicherlich aus dem großen Streik in Streichen vor einigen Jahren die nötigen Lehren gezogen. Der betätigte Abbruch zeigt überdies, wie häufig die Ausreden der Unternehmer sind, wenn sie meinen, für die Pflastersteinindustrie seien Tarife unmöglich. Der Erfolg in Kalthaus muß uns zur neuen intensiven Agitation in den Pflastersteinbruchgebieten anspornen.

Die Hebung der Lage der Hilfsarbeiter, eine Forderung des allgemeinen Fortschritts.

II.

Die Forderung, vor allem die mehr als schlechte Lage der Hilfsarbeiter zu heben, die den Lebensbedingungen der bestgestellten Schichten der Lohnarbeiter zu nähern und gleichzustellen, ist durchaus nicht neu und unbegründet. Der Weltfeiertag des Proletariats fordert den Aufstand und den Arbeiterkampf, wirtschaftliche und soziale Besserstellung und Gleichberechtigung für das gesamte werktätige Volk. Dabei wird ein Unterschied nach Beruf und Geschlecht nicht gemacht, vielmehr wird der größte gefühlte Schmerz gerade für die am meisten ausgebeuteten Arbeiterinnen und Arbeiter gefordert. Und in der Tat liegt die Hebung der Lage der Hilfsarbeiter nicht nur im Interesse der am schlechtesten entlohten und am meisten ausgebeuteten Arbeiter, sondern mehr noch im Interesse der gesamten Arbeiterklasse.

Es ist schon von der allergrößten Bedeutung, daß durch die wirtschaftliche und soziale Gleichstellung der Hilfsarbeiter dem Unternehmertum die Möglichkeit genommen wird, die Arbeiter gegenseitig auszuspielen. Die Agitation für die Gewerkschaften erschafft einen gewissen Ansporn. Das tritt schon dadurch ein, daß mit der Hebung der Lage der Hilfsarbeiter eine größere Bewegungsfreiheit verbunden ist, die es den jetzt am schlechtesten gestellten Arbeiterkategorien gestattet, sich in einem viel höheren Maße mit der sozialen Frage und dem Klassenkampf zu befassen. Die materielle Notlage, die immer die Triebfeder sozialer Kämpfe und Umwälzungen ist, erhält einen mächtigen Bundesgenossen im Wissen und Bewußtsein der sozialen Revolution. Mehr und mehr wird die durch die kapitalistische und großindustrielle Entwicklung hervorgerufene Umwälzung der volkswirtschaftlichen Zustände in das Bewußtsein der breiten Volksmassen eingeschärft. Und je mehr sich die wirtschaftliche und soziale Gleichstellung der Arbeiterkategorien untereinander vollzieht, desto schneller wird auch die Revolutionisierung der Köpfe, die Erwachung der untätigen oder gar feindselig organisierten Arbeitermassen zum Klassenkampf vorwärtsschreiten.

Von der wirtschaftlichen und sozialen Gleichstellung der Arbeiter untereinander ist sonach kein Abflauen der sozialen Kämpfe zu erwarten. Dazu kommt die immer größer werdende Machtstellung des Kapitals, eine immer größere Geschlossenheit der industriellen Unternehmungen und endlich ein immer unerschütterlicher Vortrittender Machtanspruch der Unternehmerverbände. Aber nicht nur die Machtansprüche der Unternehmer werden größer, sondern in hohem Grade auch die tatsächliche Machtstellung des Kapitals und der Unternehmerverbände. Häufig genug müssen in sich gefestigte Gewerkschaften, die bereits mit viel Fleiß und Geschick die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder zu heben vermochten, ausgedehnte und ihnen von den Unternehmerverbänden aufzuzunehmende Kämpfe mit nur geringen Erfolgen beenden. Aber als größter Gewinn bleibt nach all den ausgedehnten Kämpfen die Einbeziehung immer größerer Kreise der Arbeiterschaft; die Aufpeitschung weiter und bisher unbeteiligter Arbeiterkategorien; der Ausbau der Gewerkschaften. Und da die gelehrten und qualifizierten Arbeiter auch die günstigsten Organisationsverhältnisse haben, profitieren von diesen größten Gewinnen der ausgedehnten wirtschaftlichen Kämpfe wohl am meisten die Hilfsarbeiter aller Industrien. Als natürliche Folge erfahren die Kämpfe um die Hebung der Lage der Hilfsarbeiter eine zunehmende Verschärfung und Ausdehnung. Das allgemeine gewerkschaftliche Interesse muß sich mehr bemüht dieser Entwicklung zuwenden, damit die kommenden Kämpfe mit größerem Nachdruck und nachhaltigeren Erfolgen durchgeführt werden können; damit auch die Verschärfung der Klassenkämpfe der Machtstellung der freien Arbeiterbewegung

zugute kommt. Denn mit einer durchgreifenden Hebung der Lage der Hilfsarbeiter ist nicht nur eine größere Bewegungsfreiheit verbunden, die es der Hilfsarbeiter gestattet, der sozialen Frage und den Klassenkämpfen ein größeres Interesse zuzuwenden. Es wird den gewerkschaftlichen Massen der industriellen Hilfsarbeiter auch ermöglicht, an den Kämpfen in höherem Grade als bisher aktiven Anteil zu nehmen; es fällt der Hilfsarbeiter leichter, für die Kriegführung bedeutende Mittel aufzubringen. Und ganz bedeutende Mittel erfordern besonders die Kämpfe mit den Unternehmerverbänden, weil ja die Kämpfe nicht nur ausgedehntere, sondern auch langwierigere werden.

Die Verschärfung der Klassenkämpfe kommt auch dadurch der Machtstellung der Arbeiterorganisationen zugute, indem bei einer wirtschaftlichen und sozialen Gleichstellung aller Arbeiter die Tendenz des Kapitals, die Profite zu erhöhen und die Lebenshaltung der Arbeiter niederzulegen, gleichmäßig aufreizend und revolutionierend wirkt. Von der Beseitigung der untätigen Massen, die schußlos der Unternehmerrückgrat preisgegeben war, während die gelehrten und gut organisierten Arbeiter sich gegen die Beseitigung schützten, kommt eine gleichmäßig aufreizende Wirkung auf die gesamte Arbeiterklasse nicht zu erwarten. Je mehr es gelingt, die Hilfsarbeiter in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht mit den gelehrten Arbeitern gleichzustellen; je mehr es gelingt, sie vor dem vorbehaltlosen Verkauf ihrer Arbeitskraft zu schützen, desto allgemeiner und nachhaltiger wird auch der Widerstand gegen die Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik des Kapitalismus. Und was noch wichtiger ist, der Kampf der unterdrückten Massen wird immer mehr zu einem systematischen und zielbewußten. Immer mehr lernen die weitesten Kreise der arbeitenden Bevölkerung erkennen, daß ein zielloser Ausbruch wilder Vergewaltigung an den Machtmitteln des isolierten Unternehmertums und des Klassenstaates nutzlos zerschellen muß. Immer mehr erwacht aus den wilden Streiks der ausgebeuteten und ausgehungerten Lohnflaven der organisierte Kampf der Arbeiterklasse gegen den organisierten Kampf der kapitalistischen Gesellschaft. Auch die ärmsten und am meisten ausgebeuteten Schichten der Arbeiterklasse nehmen nach und nach an der Erkenntnis, daß die geballte Faust in der Tasche und die offene Empörung nichts an dem kapitalistischen System der Unterdrückung und Ausbeutung ändert, daß vielmehr die Macht der kapitalistischen Herrenmenschen gebrochen werden muß, damit an die Stelle der kapitalistischen Produktions- und Gesellschaftsordnung die sozialistische treten kann, die auf dem gemeinsamen Besitz an den Produktionsmitteln beruht.

Um aber die Macht der besitzenden und herrschenden Klassen brechen zu können, ist es notwendig, daß die arbeitenden Klassen stärker und mächtiger werden, als die den Arbeitern feindlich gesinnten Klassen. Der Kampf der Arbeiter soll und muß daher dem Proletariat die Macht erobern, damit auch eine gerechte Ordnung der Dinge den Sieg über Ausbeutung und Unterdrückung davontragen kann. Es wächst im arbeitenden Volk die Gewißheit, daß es in der Masse ein fähiges Element des Erfolges besitzt. Aber diese große Masse muß erst voll und ganz für den Emanzipationskampf der Arbeit gewonnen sein. Und dazu gehört, daß die bedeutenden Schichten der Fabrik- und Hilfsarbeiter davor geschützt werden, in weit höherem Grade unter dem Druck der Ausbeutung und der aufreibenden Sorge ums tägliche Brot leiden zu müssen, wie die besitzenden Schichten der Lohnarbeiter. Auch sie sollen den gleichen Anteil haben an der Erkenntnis der gesellschaftlichen Zustände, sollen Anteil nehmen am Wissen. Denn Wissen ist Macht, ist deshalb Macht, weil die durch die großindustrielle Entwicklung hervorgerufene Umwälzung der volkswirtschaftlichen Zustände zu nichts führen würde, wenn nicht auch mit dem gesellschaftlichen Sein zugleich das Bewußtsein revolutioniert werden würde. Das Bewußtsein der Masse muß sich aber auf den Sozialismus begründen, und die großen Schichten der Fabrik- und Hilfsarbeiter müssen durch das nächste Ziel: Hebung der Lage der Hilfsarbeiter, ihren Anteil am proletarischen Klassenkampf haben, damit sie vor untätigem Hinwinken und reaktionär-bürgerlicher Ideologie bewahrt bleiben.

Die Löhne der Steinmetzen einst und jetzt.

In einer böhmischen Zeitschrift veröffentlichte der Dombaumeister des Prager St. Veits-Domes, Architekt Kamille Hilbert, einen Artikel über den Zeitpunkt, bis zu welchem der Ausbau des genannten Domes fertig sein dürfte. In diesem Artikel erwähnt er auch der Anzahl der Arbeiter aller Zweige, welche zu verschiedenen Zeiten an dem Bauwerke arbeiteten, sowie der finanziellen Ausgaben und Löhne der Arbeiter. Unter anderem sagt der Autor in jenem Artikel:

Jede eigenhändige Bildhauer- und Steinmetzarbeit wurde Meister Peters besonders bezahlt; auch wurde ihm nicht verwehrt, auch noch andere Bauten zu übernehmen. Dies war im 14. Jahrhundert. Am Bau beschäftigte er einen Holzer, einen Zimmermann mit einem Gefährten, einen Schmied, einen Schaffer, einen Diener für die Hütte, eine sehr verschiedene Anzahl von Steinmetzen von 3 bis 25, doch war manchmal in der Hütte gar kein Steinmetz beschäftigt, 5 Verleger und ebensoviel Maurer und eine größere Anzahl von Hilfsarbeitern und Lehrlingen. Bloß die Löhne der Steinmetzen betrugen im Jahre 1376 256 Schof und 14 Groschen, oder etwa 55 875 Kr. Der einzelne Steinmetz, welcher im Afford arbeitete, bezog wöchentlich 60—64 Kr., der Maurer 37 Kr. 33 H. Nur der Lohn der Hilfsarbeiter war sehr gering. Aus diesen Angaben ist zu ersehen, daß die Ausgaben für Handwerkerarbeiten damals verhältnismäßig höher waren als heute. Vergleichen wir

nun diese Verhältnisse mit den jetzigen. Für das Jahr 1911 betrug die Summe aller Ausgaben, welche jenen aus dem Jahre 1376 entsprechen, ja dieselben um bedeutende Handwerkerarbeiten, wie Dachstühle und Einbauten, sowie um die künstlerische Restaurierung der Mosaike übersteigen, 109 000 Kr. In diesen verminderten Ausgaben sind dauernd beteiligt: 1 Baumeister, 2 technische Beamte, 2 Meister, 18 Steinmetzen, 4 Zimmerleute, 5 Maurer, 2 Schmiede, 8 Hilfsarbeiter, 2 Nachtwächter und 1 Kanaleidiener. Der Personenbestand ist also größer als im Jahre 1376.

Um zu begreifen, wie es möglich ist, mit geringeren Mitteln mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen, braucht nur erwähnt zu werden, daß zum Beispiel der jetzige Wochenverdienst eines Steinmetzen nur 33 Kr., jener eines Maurers nur 30 Kr. beträgt. Den größten Aufschwung nahm die Prager Dombaubau im Jahre 1897, wo sie 174 Arbeiter, darunter 104 Steinmetzen, beschäftigte. Trotz dieser großen Zahl der Beschäftigten wurden in jenem Jahre an Gesamtbaukosten nur 260 800 Kr. gezahlt. Das ist sicherlich ein interessanter Vergleich. Während also ein Steinmetz im 14. Jahrhundert wöchentlich bis 64 Kr. verdiente, muß er sich heute nach 500 Jahren mit einem Wochenlohn von 33 Kr., also mit dem halben Verdienste, begnügen. Und vergleichen wir dazu noch die damaligen und die jetzigen Preise der Lebensbedürfnisse, namentlich der Nahrungsmittel. Dieselben waren damals um mehr als 100 Proz. geringer. Welchen faktischen Wert besitzt also der heutige Verdienst eines Steinmetzen gegen denjenigen des Mittelalters? Und wenn nur noch alle und immer einen Wochenverdienst von 33 Kronen bekämen? Es ist bekannt, daß heute viele Steinmetzen glücklicherweise bei aufreibender Arbeit einen Wochenlohn von 18—30 Kronen beziehen, ja oft nur 24—26 Kronen und in manchen Fällen bei Affordarbeit noch weniger.

Steinausreibungen.

Große Steinquantitäten werden wieder benötigt, wie nachfolgende Ausreibungen erkennen lassen.

Großh. Hochbauamt in Mainz. Zum Neubau eines Verwaltungsbauwerkes für die Irrenanstalt zu Alzey die Steinhauerarbeiten.

Ag. Eisenbahnbetriebsamt I in Meßeritz. Steinmetzarbeiten u. m. zur Erweiterung und zum Umbau des Empfangsgebäudes mit Gütergruppen auf Bahnhof Birnbaum.

Ag. Eisenbahn-Bauabteilung in Neuh. Lieferung von Bruchsteinen aus Ruhrkohlenlandstein (1400 Tonnen gewöhnliche, 130 Tonnen zur hammerrechten Bearbeitung geeignete) für Baumerke auf Bahnhof Neuh.

Der Bürgermeister in Reil (Landkreis Trier). Los 1. Erd-, Maurer- und Steinhauerarbeiten für den Neubau des Bürgermeistereihauses.

Großh. Bauinspektion in Sigen. Granit- und Kunststeinarbeiten für fünf neue Aufnahmestellen, fünf Abort- und Hauswirtschaftsgebäude und ein Weihenwörterwohngebäude der neuen Bahn Sigen-Beuren.

Ag. Kanalbauamt in Sene. Zur Herstellung der Straßeneinfahrt auf der Brücke im Zuge der Allee in Unser Fritz: Sehen von 150 Ibf. Meter Bordsteine einschließlich Biegeung.

Erzbißh. Bauamt in Karlsruhe. Zum Neubau einer katholischen Pfarrkirche für Oberstrot-Gilbertsau, Pfarrei Gernsbach, Steinhauerarbeit, zu 31 579 90 Mk. veranschlagt.

Ag. Eisenbahnabteilung in Frankfurt a. O. 1420 Kubikmeter Granitwerksteine für eine Drehscheibe auf dem Bahnhofsbahnhof Frankfurt a. O.

Kreisbauamt in Trebnitz, Schlef. 3700 Quadratmeter Granitpflastersteine 2. Klasse sowie 460 Ibf. Meter gerade Bordsteine und 1130 Ibf. Meter Bordsteine in Kurven für Döbernitz.

Bürgermeister in Gasse, Westf. Ausführung der Steinmetzarbeiten einschließlich Befestigung der zugehörigen Werkstoffe zur Erweiterung der Volkshalle.

Großh. Straßenbauabteilung f. d. Höl. Oberwald in Gr. b. a. Zum Umbau der Kreisstraße von Zell nach Rangenbrombach: Steinhauerarbeiten (71 Kubikmeter) und Pflasterarbeiten (45 Quadratmeter) sowie Lieferung von 242 Kubikmeter Deckmaterial.

Ag. Eisenbahnbetriebsamt I in Frankfurt a. M. Arbeiten und Lieferungen zur Herstellung von ca. 1000 Quadratmeter Kleinpflaster an der Zufahrtsstraße zum Betriebsbahnhof.

Ag. Eisenbahnabteilung in Bochum. Lieferung 1. Bief. der Hartbasaltlava-Plastersteine für Befestigung des Seitenweges zum evangelischen Krankenhaus in Bochum.

Ag. Eisenbahnabteilung in Zeitz. 96 Kubikmeter bearbeitete Granitsteine (Abdeckplatten und Stufen) für die Güterschuppenanlage auf Bahnhof Zeitz.

Ag. Eisenbahnabteilung in Slogau. 5100 Preßsteine zur Einfassung von Ueber- und Seiteneisenwegen der Neubausstraße Kolzig-Slogau.

Das Stadtbauamt in Wilhelmshaven. Lieferung von Reihenstein und Bordsteinen für die Neupflasterung der Markt-, Sollmann- und Prinz-Heinrich-Straße.

Kaiserl. Kanalbauamt V in Kiel-Wil. Aueberg 70/72. Lieferung von 728 Kubikmeter Abdeckplatten für den Bau der neuen Offizierskaserne bei Kiel.

Ag. Eisenbahnbetriebsamt in Reize. Lieferung von ca. 350 Tonnen Granitgrus, 3000 Tonnen Granitkleinschlag, 525 Quadratmeter Granitpflastersteine und 212 Ibf. Meter Bordsteinen zu Bauausführungen beim Umbau des Bahnhofs Camenz i. Schl.

Ag. Bauamt für die Altkanalisation in Celle. Lieferung von rund 23 Kubikmeter Werksteinen (Granit- oder Basaltlava).

Großh. Bauinspektion in Mannheim. 105 Kubikmeter Sandsteinquader zur Verlängerung der zwei Personentunnels und zum Bau des Gepäcktunnels in Mannheim.

die Kampenzurichter und wie die Sklaven alle hießen, die zu Dutzenden und Hunderten in einem großen römischen Haushalt beschäftigt waren. War für diese Sklaven noch Platz auf den Wagen, so durften sie wohl auch dort Platz nehmen, fehlte es aber an Platz, so mußten die Sklaven die Reise zu Fuß machen. Von den Aufsehern scharf bewacht, traten sie neben und hinter den Wagen her und vermehrten so noch das bunte Gewimmel einer solchen Reisegesellschaft. Als der Zug in Rom seine Höhe erreicht hatte, war auch der Reiseführer auf das höchste gestiegen. Nur mit wenigem Gepäck und mit einem Pferde zu reisen, galt schon als Sinnbild der Vermächtigkeit und selbst wer nur mit einigen Sklaven reiste, wurde auf den römischen Landstraßen wie ein armer Teufel angesehen, vielleicht mit denselben Augen wie heute der Besitzer eines teuren Luxusautomobils auf einen Mann herabsieht, der sich im Schweiße seines Angesichts bemüht, sich auf seinem Zweirade fortzubringen.

Denn Nero reiste, soll er nie weniger als tausend Wagen hinter sich gehabt haben, Personenkraftwagen, in denen sein Gefolge saß und noch mehr Lastwagen, in denen alle die Sachen mitgeführt wurden, die Nero zur Befriedigung seines Luxusbedürfnisses und zur Entfaltung seiner Macht nötig zu haben glaubte. Vor dem Zuge ritten und liefen Vorreiter und Vorläufer, die die Ankunft des Kaisers melden und die letzten Anordnungen zu einer Einfahrt treffen mußten, hinter, neben und vor dem Wagen des Kaisers schritt die Leibwache und weiter hinten im Zuge kam die gewaltige hundertfache Schar der Sklaven, die dem Zuge folgen mußten. Poppäa, die Gemahlin Neros, reiste nicht weniger luxuriös. Wenn sie reiste, so wurden hinter der langen Reihe der Wagen stets noch 500 Gefolgsleute geführt, deren Milch dazu diente, für Poppäa ein Bad zu bereiten; denn auch in der entferntesten Provinz wollte sie ihr Bad in der Gelmilch nicht entbehren. Von einer Reise der Braut des Kaisers Konstantin wird berichtet, daß in dem Reisegewagen aller Art, die aus Gold, Silber, Messing aus allerhandvollste gearbeitet waren, mitgeführt wurden. Selbst bei gewöhnlichen Jagdausflügen wurde ein ungeheurer Aufwand getrieben. Auf besonderen Wagen wurde das wertvollste Tafelgeschirr mitgenommen

und neben den vielen Sklaven, die im Jagdrevier zur Bedienung der Jagdgäste und als Jutreiber nötig waren, traten noch ganze Scharen von Jagdhunden der verschiedensten Art. Die Reisewagen der Großen Roms waren auch schon sehr bequem. Es gab Wagen mit Büffeln oder vielmehr mit Pergamentrollen, in denen die Reisenden bequem Lektüre treiben konnten, andre Wagen waren als Schreibwagen eingerichtet. Dort hielten die Sekretäre ihre Vorträge, die Schreiber mußten nach dem Diktat des Herrn oder eines vorgelesenen Sekretärs die schriftlichen Arbeiten erledigen, es gab Schlafwagen, in denen der Herr mit seinen Angehörigen sich der Ruhe hingeben konnte, und es gab Spielwagen, die so eingerichtet waren, daß darin allerlei Unterhaltungsspiele zur Vertreibung der Langeweile getrieben werden konnten. Frauen von reichen Leuten reisten auch vielfach in Säufen, da war dann der Aufwand kaum geringer als bei Reisen im Wagen. Reiste die Frau ohne ihren Gemahl und ohne männliche Verwandte, so wurden ihr zum Schutz wohl noch mehr Sklaven mitgegeben, als wenn sie im Wagen gereist wäre. In besonderen Säufen, die natürlich alle von Sklaven getragen wurden, reisten sechs, acht, zehn und noch mehr „Ehrenfrauen“ mit und noch viel größer war die Zahl der Sklavinnen, die ihren Herren zur persönlichen Bedienung und um den Glanz ihrer Personen zu erhöhen, folgen mußten. Buntegekleidete Mohnen umgaben die Säufen von allen Seiten und ebenso wurden Vorreiter und Vorläufer mitgenommen, die die Ankunft der hohen reisenden Dame überall melden mußten.

Ein Tropfen Blut.

Im Kaihofen.

Aus einem Schlepphahn werden Pflastersteine ausgeladen. Der Sackträger hebt sie ans Land, als seien es Federn. Zwei Arbeiter schichten sie auf. Alles schöne, gleichmäßig behauene, blaue Basaltsteine.

Mein Blick fällt auf einen Stein mit einem schwarzen Flecken, so groß, wie ein Zehnmarkstück etwa

Ich neige mich, um genauer zu sehen. Ein Tropfen Blut auf einem Stein; schwarzrot verblut. Erinnerung entfährt meine Gedanken. Weit, weit. In die Tage der Jugend, wo ich in den Steinbrüchen herumstreifte und Kristalle suchte. Kristalle und Schate in allen Farben. Ich stellte sie auf Fenster und freute mich daran, wenn die Sonnenstrahlen sich darin vielfarbig glänzend widerspiegeln.

In den Steinbrüchen tollten wir und sahen zu, wie oben in dem Steinflüßchen, auf einem Raum von einem halben Quadratmeter, zwei Männer schwebten. Regelmäßig, wie abgerechnet, ertönte ein hellklingender Hammerschlag. Unten aber in der Halle sahen die Steinrichter und -Klopper auf alten Säufen, die Augen mit Drahtbrillen verdeckt. Und die Splitter flogen, und der Klang der Hämmer hallte wider in den Bergen.

Wir schauten den Steinrichtern zu, wie sie Seite um Seite mit ihren Hämmern schloffen, bis der viereckige Stein sich zu den andern gesellte und ein neuer an die Reihe kam.

Die Steine gehorchen diesen Schlägen, und wir Kinder sagten untereinander:

„Die kennen den Stein, die verstehen ihn.“

Und doch ein Tropfen Blut auf diesem Stein, Bennis Nachmittag ist, blüht der Steinrichter öfter nach seinem Haufen. Weil — soviel Steine, soviel Lohn.

Die Hämmer fliegen emsiger. Auf einmal hält ein Hammer inne. Ein Fluch schnell durch die Säule.

Ein Tropfen Blut, frisches, rotes Blut. Der Stein fliegt zu den andern. Und so geht es hinaus durch viele Hände.

Jemandem gehen Räder, Füße über ihn — über den Fluch, über das rote Blut.

Düsseldorf. Julius Zersab.